

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work 

Vania Alleva: «Wer für die Corona-Krise bezahlen muss!» Seite 2



10 Seiten zur Corona-Krise

+++ So heftig sind die wirtschaftlichen **Folgen** global und national +++ Linke **Wege** aus der Krise +++ **Migration** und Corona +++ Was die **Gastro-Chefs** planen +++ Die wirre **SVP-Politik** +++ work-Redaktor als **Zivilschützer** im Altersheim +++ Die irrsten **Verschörungstheorien** +++ Der Virus und die **Klassenfrage** +++ Ist der **Neoliberalismus** (endlich) am Ende? Seiten 3 bis 13

Job weg – was tun?

Viele Menschen verlieren aktuell ihre Stelle. Welche Rechte haben sie? Alle Fragen und Antworten im work-Ratgeber. Seiten 16 – 17

Rein zum

• Seit 130 Jahren hiess es: «Heraus zum 1. Mai».
• Wegen des Corona-Virus ist das dieses Jahr anders.
• Doch: Wir stehen zusammen. Diesmal im Internet statt auf der Strasse.
Seiten 2, 15 und 20



workedito
Marie-Josée Kuhn

KLASSEN- UNTERSCHIEDE

Jetzt haben wir weltweit wieder zwei Corona-Spezialisten mehr. Der eine ist Herr Doktor Donald Trump, der von sich sagt, er habe eine Begabung für medizinisches Wissen. Und der es «interessant» fände, wenn man Menschen direkt Desinfektionsmittel spritzen würde gegen Corona. Und der andere ist eine Spezialistin: Frau Doktor Magdalena Martullo-Blocher. Die sich selber zur maskierten Experte

Vor dem Virus sind nicht alle gleich.

kürt, wegen «ihrer Erfahrungen und Kontakte». Und jetzt den sofortigen Exit aus dem Lockdown fordert.

Weil: Jeder Todesfall sei zwar «tragisch», aber nicht wirklich zu vermeiden. Trump & Martullo: zwei Führungspersönlichkeiten, die über Leichen gehen. Grotesk und toxisch zugleich.

«SEUCHENSOZIALISMUS». Corona hat die Blocher-Partei auf dem linken Fuss erwischt. Ganze drei Wochen lang blieb sie stumm. Jetzt kommt sie aus der Versenkung raus und dreht im Roten. Ein typischer Fall von «Hurrlibueb»-Politik, weist work nach. Die SVP schießt scharf gegen den Bundesrat und seine Corona-Politik. Behauptet, die Corona-Krise sei ausgeblieben. Behauptet, der Lockdown habe die Wirtschaft zugrunde gerichtet. Und fordert: «Stop Lockdown jetzt!»

work hat die SVP-Behauptungen an der Realität gemessen. Punkt für Punkt. Und kommt zum Schluss: Was die Partei wirklich will, ist weniger Sozialstaat in der Krise. Oder wie es der hartrechte NZZ-Chefredaktor Eric Gujer auszudrücken pflegt: weniger «Seuchensozialismus». Und damit mehr Arbeitslose, mehr Konkurse und mehr Tote. Mehr von dem, was in der Corona-Krise gerade kläglich versagt: der Markt. work-Autor Ralph Hug zeigt das Versagen des Kapitalismus ganz konkret und geht der Frage nach: Ist jetzt der Neoliberalismus (endlich) am Ende?

VIRAL. Die Krise ist heftig. work misst ihre Grösse und ihre Verwerfungen. In seinem Essay über das neue Schweizer Corona-Modewort «vulnerabel» kommt work-Autor Clemens Studer zum Schluss: Vor dem Virus sind wir nicht alle gleich. Corona mache die Klassenunterschiede deutlich. National und global. Eine zentrale Einsicht just vor dem diesjährigen Tag der Arbeit. Erstmals findet dieser 1. Mai digital statt. Viral, aber garantiert ohne Virus. work bringt das geballte Programm und zeigt, warum es sich jetzt erst recht lohnt, auf die Strasse zu gehen. Halt online. Und halt ohne Fredi, Jeanne & Willy. Sie und viele andere, die wir immer (nur) am 1. Mai sehen, werden wir dieses Jahr vermissen. Verflucht körperloses 2020!

Unia-Chefin Vania Alleva:

«Jetzt sollen nicht die Arbeitnehmenden zahlen!»



« Der Coronavirus macht's möglich: Im März hat der Bundesrat im Rekordtempo ein Krisenpaket über 60 Milliarden Franken beschlossen: zinslose Darlehen für notleidende Betriebe, Kurzarbeitsentschädigung für über eine Million Arbeitnehmende, Taggeldentschädigungen für Selbständige. Zudem haben Arbeitnehmende mit besonderen Risiken das Recht, die Arbeit zu verweigern. Und Betreibungen werden per Federstrich ausgesetzt, um eine drohende Konkurswelle aufzuschieben.

ALARMSTIMMUNG. Im einzelnen sind die Massnahmen unzureichend und müssen weiter verbessert werden. Ein Teil der temporär Angestellten sowie Hausangestellte und Sans-papiers fallen durch die Maschen, die Kurzarbeitsentschädigung reicht für Menschen mit niedrigen Löhnen mehr schlecht als recht. Und obwohl Unternehmen Kredite und Kurzarbeitsentschädigungen beanspruchen, dürfen sie trotzdem noch Personal entlassen. Aber insgesamt stellt all das einen grossen Fortschritt dar. Möglich wurde er, weil die Gewerkschaften bereitstanden und systematisch für soziale Lösungen lobbyiert haben. Doch jetzt macht SVP-Finanzminister Ueli Maurer schon wieder auf Alarmstimmung. Er warnt etwa vor einem Rekordverlust bei der Arbeitslosenkasse. Weil so viele Gesuche für Kurzarbeitsentschädigung beim Bund eingehen wie noch



«Der Bund muss zusätzliches Geld einschiessen!»

Die Kaufkraft und damit die Lebenschancen der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen müssen erhalten und verbessert werden. Und es darf keine

Massenkonkurse geben. Denn nur so kommen wir aus dieser Krise raus. Die Schweiz ist ein reiches Land. Wir können das bezahlen. Auf der Schweizerischen Nationalbank lagern 800 Milliarden Franken, die uns gehören. Wann, wenn nicht jetzt, können wir sie sinnvoller einsetzen? Die Schweiz hat auch eine rekordhohe Milliardenärsdichte. Wir könnten deshalb jetzt auch die Steuerschlupflöcher für die Schwerreichen stopfen. Oder die Dividenden der Krisengewinnler abschöpfen. Oder die Militärausgaben zurückfahren. Viele Wege führen aus der Corona-Krise. Es ist eine Frage des politischen Willens.»

MEHR ZUM 1. MAI

- **Der Kampftag geht viral – aber virenfrei:** Die 1.-Mai-Veranstaltungen im Netz. S. 15
- **Keine Fahnen, keine Falken, kein Fredi:** Hommage an den analogen 1. Mai. S. 20

SGB-Chef Pierre-Yves Maillard:

«Jetzt erst recht, chers camarades»

« Es sind die Arbeitnehmenden, die das Land am Leben erhalten; das wird jetzt klar, wo viele ihre Arbeit niederlegen mussten. Doch auch die Bedeutung der Leistung derjenigen, die im Hintergrund weiterarbeiten, zeigt sich in dieser Krise. Es sind Branchen, die sich nun als systemrelevant erwiesen haben, in denen die Mitarbeitenden weder einen fairen Lohn noch den gebührenden Respekt für ihre Arbeit erhalten – damit muss nun Schluss sein! Mehr denn je müssen wir für bessere Löhne und starke Arbeitnehmendenrechte für alle kämpfen.



«Der Fortschritt liegt an uns!»

FOTOS: PETER MOSMANN; SGB, ZIG

VORWÄRTS! Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit drängt sich auf wie selten in den letzten Jahrzehnten. Die Corona-Krise wird den Kapitalismus nicht von sich aus in einem fortschrittlichen Sinne verändern. Wie immer in unserer Geschichte liegen die Möglichkeiten für einen Wandel in Richtung Fortschritt nicht in Katastrophen, Pandemien oder Kriegen, sondern bei den kämpferischen, progressiven Kräften und unserer Fähigkeit zu klaren Analysen, Vorschlägen und Aktionen. Jetzt erst recht!»

Grünen-Chefin Regula Rytz:

«84 Milliarden von der Nationalbank»

« Die Corona-Krise reiss ein tiefes Loch in die Kassen von Bund und Kantonen. SVP und FDP malen bereits brutale Sparpakete und höhere Sozialversicherungsprämien an die Wand. Doch mit höheren Steuern und Abgaben für den Mittelstand kommen wir nicht aus dem Tief heraus. Die Krise muss sozial finanziert werden.

KLIMAKRISE. Die Grünen setzen auf zwei Pferde: Wir fordern eine Solidaritätsabgabe auf ausgeschüttete Dividenden und Kapitalreserven. Und wir wollen die Schweizerische Nationalbank stärker in die Pflicht nehmen. 84 Milliarden Franken liegen hier als Ausschüttungsreserven auf Eis. Sie gehören den Bürgerinnen und Bürgern. Mit einem Teil davon können wir die Löcher in den Sozialwerken stopfen und gleichzeitig ein Impulsprogramm für den ökosozialen Umbau finanzieren. Die Klimakrise macht leider keine Pause.»



«SNB-Milliarden für ein ökosoziales Impulsprogramm!»



FOTOS: GETTY/KEystone; ILLUSTRATION: TNT GRAPHICS

Wirtschaft: Mit Billionen gegen den Untergang

Corona-Krise wütet

Die Corona-Pandemie schickt die Weltwirtschaft in die Krise. Wie heftig die wird, ist nicht klar. Klar ist nur: Es wird richtig heftig.

CLEMENS STUDER

Der Weltwirtschaft droht eine Krise im Ausmass der «grossen Depression» in den 1930er Jahren. Das ist nicht die Prognose eines Crash-Propheten, sondern ergibt sich aus den Prognosen und Szenarien. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlichte am 7. April ihre neuste Schätzung der Krisen-Auswirkungen. Sie geht in ihrer Prognose von einem Rückgang der weltweit geleisteten Arbeitsstunden im zweiten Quartal 2020 von 6,7 Prozent aus. Das entspricht rund 195 Millionen Vollzeit-

stellen. Für Europa geht die ILO sogar von einem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden um 7,8 Prozent aus (12 Millionen Vollzeitstellen). Drei Wochen zuvor hatte die ILO bereits die Einkommensverluste der Arbeitenden weltweit bis Ende Jahr geschätzt (aufgrund damals noch niedrigerer Annahmen) und kam auf 860 Milliarden bis 3,4 Billionen US-Dollar, je nach Szenario.

ES KOMMT NOCH SCHLIMMER

Ebenfalls am 7. April veröffentlichte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Arbeitslosenzahlen für den März. Seit Februar stieg die Arbeitslosenquote von 2,5 auf 2,9 Prozent (+18000 Menschen). Besonders betroffen: das Gastgewerbe (+4400). Diese Zahlen sind erst Vorboten der kommenden Entwicklungen. Alleine zwischen Ende März und dem 9. April kamen weitere 10000 arbeitslose Menschen dazu. Verantwortungslose Unternehmen benutzen die

Krise, um Stellen abzubauen statt Kurzarbeitsentschädigung zu beantragen.

KONJUNKTURPROGRAMME

Die Expertengruppe für Konjunkturprognosen des Bundes hat im März einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Folge der weltweiten Corona-Krise um 1,5 Prozent vorausgesagt. Das BIP drückt den Wert aus von allen in einem Land hergestellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen. Unterdessen rechnet die Expertengruppe bereits mit einem BIP-Rückgang im 2021 von 6,7 Prozent und einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote übers Jahr von 3,9 Prozent. Zwei in Ergänzung zur Prognose erarbeitete sogenannte Negativszenarien des Seco gehen gar von einem BIP-Rückgang um 7,1 beziehungsweise 10,4 Prozent aus und einer Arbeitslosenquote von 4 beziehungsweise 4,5 Prozent. Das wäre dramatisch. Seit 1948 brach das BIP

einzig in zwei Jahren um mehr 3 Prozent ein: 1949 (weltweite Währungsabwertungen) und 1975 (Ölkrise).

Weltweit haben mittlerweile Staaten und Institutionen internationale Konjunkturpakete beschlossen. Die USA investieren 2000 Milliarden Dollar. Die EU hat ein Sofortpaket von 500 Milliarden Euro beschlossen, und ab nächstem Jahr soll ein 1500 Milliarden schwerer «europäischer Aufbaufonds» operativ sein (mehr dazu in der Kolumne von Andreas Rieger auf Seite 6). Die Weltbank will in den nächsten Monaten die Folgen der Corona-Krise mit 160 Milliarden Franken bekämpfen. Und sagt ganz offen, dass das längst nicht reichen wird. Wie die Situation in der Schweiz ist, siehe Artikel unten.



Gegen die Folgen der Krise – für einen ökosozialen Umbau Fortschrittliche Rezepte für die Schweiz

Die Kaufkraft der Lohnabhängigen schützen, die Wirtschaft ankurbeln und nachhaltig umbauen: ein Überblick über linke Rezepte gegen die Folgen der Corona-Krise.

CLEMENS STUDER

Die Schweiz hat bis jetzt kein eigentliches Konjunkturprogramm. Vorerst stehen 40 Milliarden zur Verfügung für ganz oder mehrheitlich vom Bund verbürgte Kredite, die Kurzarbeit wurde vereinfacht, und für Selbständige und Temporäre gibt's bescheidene Unterstützung. Womöglich beschliesst der Bundesrat nach Redaktionsschluss zusätzliche Massnahmen. Im Moment scheint

die Flugindustrie gute Karten zu haben, die Kinas weniger. Rechte Parteien und die Wirtschaftsverbände sträuben sich aus ideologischen Gründen gegen wirksame Konjunkturprogramme. Während Marktradikale zurück ins gescheiterte Gestrüpp wollen, schauen Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien in die Zukunft:

- **SGB-Chef Maillard:** Bereits Mitte März, noch vor dem Lockdown, sah der oberste Gewerkschafter die massiven Probleme, die auf die Wirtschaft in der Corona-Krise zukommen. Einige der vorgeschlagenen Massnahmen hat der Bundesrat dank dem Druck der

Gewerkschaften umgesetzt. Vieles bleibt noch zu tun, zum Beispiel 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung für kleine und mittlere Einkommen. Und für die Zeit des Wiederaufbaus braucht es weitere Massnahmen. Maillard: «Wir wollen, dass der Bundesrat ein Konjunktur-Ankurbelungsprogramm vorbereitet. Dies vor allem in den Bereichen ökosozialer Umbau und Kaufkraft.»

- **SP:** In einem Strategiepapier für die Wirtschaft in und nach der Pandemie verlangt die SP Investitionsprogramme für die Klimawende, für die Digitalisierung und für den Gesundheitssektor. Ausserdem sollen alle Einwohnerinnen und Ein-

wohner einen 250-Franken-Gutschein bekommen, der zum Beispiel in Lebensmittel-läden eingelöst werden kann. Das würde die Haushaltsbudgets entlasten und die Binnenwirtschaft stärken.

- **Grüne:** Die Grünen fordern ebenfalls ein Impulsprogramm. Ähnlich wie der Green-Deal der EU wollen sie die Wirtschaft nachhaltig umbauen und so die Konjunktur ankurbeln und das Klima schützen. Sie prüfen eine entsprechende Volksinitiative. Grünen-Präsidentin Regula Rytz sagt: «Wir brauchen einen nachhaltigen, sozialen Wandel. Denn die nächste Krise – die Klimakrise – steht längst vor der Tür.»

Konjunkturprogramm: Nicht ohne die Frauen

Der Corona-Notstand zeigt(e) deutlich, wer dieses Land durch die Krise trägt: Nicht die Banker mit den Millionenboni. Sondern jene, die weniger verdienen – und vor allem in den sogenannten Frauenbranchen arbeiten. In der Pflege, in der Kita, im Detailhandel. «Die Frauen sind die Hauptmanagerinnen dieser Krise», heisst es dazu in einem Analysepapier der SP Frauen (rebrand.ly/frauen-konjunktur). Mitverfasst hat es SP-Nationalrätin Tamara Fucicello. Für sie ist klar: «Ein Konjunkturprogramm ohne Frauen kommt deshalb nicht in Frage.»

BREITE FRAUEN-FRONT. Damit ist Fucicello nicht alleine: Politikerinnen von links bis rechts arbeiten zurzeit an einem gemeinsamen Grundsatzpapier. Damit die Rezession nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird. Anders als nach der Finanzkrise 2008, als die Kantone die Unternehmenssteuern senkten und im Gegenzug das öffentliche Betreuungs- und Gesundheitswesen abbauten. (pdi)

Tally Weijl vor dem Aus

BASEL. Die Schweizer Modekette Tally Weijl (2700 Mitarbeitende weltweit) steht kurz vor dem Bankrott. Sie braucht sofort Corona-Kredite von 25 Millionen Franken, sonst droht ihr das Aus. Obwohl der Bund 85 Prozent der Kredite garantiert, machen die Banken UBS, CS und Deutsche Bank dem Unternehmen harte Auflagen. Diese hätten einen Abbau von 20 bis 30 Prozent der Stellen zur Folge, schreibt die «Sonntagszeitung» – vor allem am Hauptsitz in Basel, aber auch in der Slowakei, Serbien, Kroatien und Bulgarien, wo alle Läden geschlossen würden.

Entlassungen trotz Kurzarbeit

ZÜRICH. Kurzarbeit soll Entlassungen in der Krise vermeiden. Auch die Warenhauskette Globus hat Kurzarbeit beantragt. Trotzdem baut sie jetzt am Hauptsitz in Zürich rund 100 Stellen ab.



GLOBUS: 100 Stellen weg trotz Kurzarbeit. FOTO: PD

Bis im Februar war Globus ein Tochterunternehmen der Migros. Dann übernahm die Signa-Holding des österreichischen Self-made-Milliardärs und Gewerkschaftsfeinds René Benko (work berichtete: rebrand.ly/globus-benko). Beim Verkauf hiess es noch, alle Mitarbeitenden würden übernommen.

Modefirmen in der Verantwortung

ZÜRICH. Millionen von Näherinnen weltweit haben wegen Corona den Job verloren. Auch, weil westliche Modemarken und Detailhändler ihre Bestellungen storniert haben – häufig, ohne für bereits produzierte Waren zu zahlen. In einem Onlineappell fordert die Organisation Public Eye deshalb: «Stellen Sie sicher, dass die Beschäftigten in Ihren Lieferketten nicht entlassen werden.» Christian Engeli von Public Eye hofft auf viele Unterschriften: «Es hilft uns ungemein, wenn wir den Firmen zeigen können, dass eine breite Öffentlichkeit unser Anliegen unterstützt.» Hier unterzeichnen: rebrand.ly/appell.

Klima-Challenge statt Klimastreik

BERN. Kein Streik, dafür ein Spiel: Wegen der Corona-Krise hat die Klimajugend den lange geplanten «Strike for Future» vom 15. Mai bis auf weiteres verschoben. Stattdessen wird online die «Challenge for Future» stattfinden. Auf einer Website werden sie konkrete Herausforderungen stellen, mit denen alle spielerisch und von zu Hause aus ihr Engagement für mehr Klimaschutz beweisen können. Klimaaktivistin Milena Hess sagt in einer Mitteilung der Klimajugend: «Eines ist klar: Ein Zurück in die Normalität ist keine Option, denn die Normalität war eine Krise.»



BIS AUF WIDERRUF: Auch wer schon Jahrzehnte in der Schweiz wohnt, kann wegen Sozialhilfebezugs ausgewiesen werden – trotz Niederlassungsbewilligung C. FOTO: KEY

Migrantinnen und Migranten trifft die Corona-Krise sogar doppelt und dreifach

Job, Geld, Ausweis – weg!

Viele Migrantinnen und Migranten geraten wegen Corona nicht nur in eine finanzielle Notlage. Wenn sie Sozialhilfe beziehen, droht ihnen die Ausweisung.

CHRISTIAN EGG

Zamire Zeta* weiss nicht mehr weiter. Seit letztem Herbst arbeitete die Albanerin, sie ist Mitte 20, in einem Restaurant in Kanton Luzern. Im März begann sie einen neuen Job, ebenfalls im Gastgewerbe. Doch dann schloss der Bundesrat die Beizen. Noch innerhalb der Probezeit bekam Zeta die Kündigung.

Jetzt einen Job zu finden ist aussichtslos. Aber Arbeitslosengeld kann sie nicht beziehen, dafür hat sie nicht lange genug eingezahlt. Eigentlich müsste sie jetzt Sozialhilfe beantragen, bis die Krise ausgestanden ist. Doch das getraut sie sich nicht. Sie hat Angst, dass sie damit ihre Aufenthaltsbewilligung gefährdet.

AUCH MIT C-AUSWEIS UNSICHER

Viele Migrantinnen und Migranten, die wegen Corona ihre prekären Jobs verloren haben, sind jetzt in ihrer Existenz bedroht. Wenn sie Sozialhilfe beziehen, gibt's eine Meldung ans Migrationsamt. Und dieses kann darauf die Aufenthaltsbewilligung zurückstufen oder sogar widerrufen. Das gilt sogar für Menschen, die seit 15 oder mehr Jahren in der Schweiz sind und einen C-Ausweis haben, der eigentlich ein unbegrenztes und un-

eingeschränktes Aufenthaltsrecht garantieren sollte.

Hilmi Gashi, Leiter Migration bei der Unia, sagt: «Unter den ausländischen Mitgliedern geht die Angst um.» Er hat seit Ausbruch der Corona-Krise Hunderte Menschen beraten. «Viele von ihnen bekamen von den Behörden die klare Ansage: «Wenn Sie



«Unter den ausländischen Unia-Mitgliedern geht die Angst um.»

HILMI GASHI, UNIA

Sozialhilfe beziehen, tun Sie nicht genug für die Integration, also verlängern wir die Bewilligung nicht.»

MEHRFACH BESTRAFT

Damit nicht genug. Die Schweizer Gesetze und die Behörden mit der von ihnen geübten Praxis bestrafen Migrantinnen und Migranten derzeit

gleich mehrfach. Zwei weitere Beispiele:

● Viele der gut 70 000 Menschen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung haben ihre Stelle verloren, etwa in einem Gastbetrieb oder bei einer Bergbahn. Um jetzt Arbeitslosengelder beantragen zu können, brauchen sie eine Bestätigung des Herkunftslandes, dass sie vorher in der EU gearbeitet haben. Aber viele warten seit Wochen auf die ausgefüllten Formulare. Unia-Mann Gashi: «Die Behörden in Italien, Portugal oder Spanien sind in der Krise mit der Menge von Anfragen überfordert.»

● Wer jetzt auf Sozialhilfe angewiesen ist, kann sich später nicht einbürgern lassen. Im Kanton Bern zum Beispiel gilt der Bezug von Sozialhilfe zehn Jahre lang als Ausschlusskriterium für den roten Pass. Gashi: «Das trifft viele gut integrierte Menschen, die jetzt auch am politischen Leben teilhaben wollen.»

Zwar hat der Bund die Kantone aufgefordert, in solchen Fällen kulant zu sein. Doch Unia-Mann Gashi sagt: «Das reicht nicht.» Diese Menschen seien Opfer der Pandemie oder sogar direkt der Massnahmen des Bundesrates. Es sei hart genug, dass sie ohne eigenes Verschulden ihre Stelle verloren hätten. Das mindeste, was der Bundesrat jetzt tun könne, sei, ihnen die Gewissheit zu geben, dass sie nicht zusätzlich bestraft würden: «Es braucht jetzt eine klare Regelung. Der Bezug von Sozialhilfe darf nicht als mangelnder Wille zur Integration gewertet werden!»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Haschisfassade: Heuschrecke Sika setzt neuerdings auf Spritzbeton aus Hanf

Statt Zement gehackte Stengel der Haschpflanze – und fertig ist der neue Spritzbeton, der umweltfreundlicher sein soll. Entwickelt hat ihn eine Chemikerin und Managerin einer Tochterfirma des Spezialitäten-Unternehmens Sika.

Sika ist ein mittelschwerer Haifisch im Teich der Multis. Das Spezialitätenchemie-Unternehmen ist an der Börse fast zehn Milliarden mehr wert als die Ems-Chemie.

Während Jahren tobte ein Übernahmekampf um Sika. Das französische Unternehmen Saint-Gobain wollte Sika übernehmen. Die grösste Aktionärsfamilie war bereit zu verkaufen. Der Verwaltungsrat war dagegen. Auf beiden Seiten kämpften Medien für und gegen den Verkauf. Für beide Seiten erstellten Juristen, die pro Stunde 1000 Franken verlangen, teure Gutachten. Viele haben sich dabei mehr als eine goldene Nase verdient.

HEUSCHRECKEN-DEAL. Am Schluss kam es zu einem Kompromiss unter den Heuschrecken und den zu Gierigen. Saint-Gobain verzichtete auf die Übernahme der Beute und strich als Trostpreis einen Gewinn von nicht weniger als 600 Millionen Franken ein. Die verkaufswillige Aktionärsfamilie Burkhard bekam als Mega-Sugus 500 Millionen Franken mehr als geplant. Die Sika blieb unabhängig, und der Aktienkurs stieg über Nacht um 9 Prozent.

FRESSEN, UM NICHT GEFRESSEN ZU WERDEN.

Für die «Aargauer Zeitung» konnten alle als Sieger vom Platz gehen. Das stimmt nicht ganz, denn die Lohnabhängigen gingen bei der Verteilung der Beute leer aus. Und für den Bau und das Handwerk wurden die guten Sika-Produkte in der Folge nicht billiger, sondern teurer.

Sika ist heute an den Börsen drei Mal mehr wert als vor fünf Jahren. Dies bei einem Umsatz von 8 Milliarden Franken pro Jahr.

Das Kapital ist erfinderisch und zerstörerisch zugleich. Und jetzt kommt Sika mit einem neuen Produkt auf den Markt: der Haschfassade von Parex, einer in Frankreich im Bereich Spitzmörtel erfolgreichen Tochterfirma, die Sika ihrerseits erst 2019 übernommen hat. Fressen, um nicht gefressen zu werden.

Statt Zement verwendet Parex gehackte Stengel der Haschpflanze, von denen niemand high wird ausser das Kapital.



DANK FRAUENPOWER: Hanf kommt in die Isolation statt in den Joint. Das ist in Sachen CO₂ besser als der traditionelle Spritzbeton. High davon wird allerdings nur das Kapital. FOTOS: SIKA, ISTOCK

- Vorteil 1:** Das Produkt soll – verglichen mit traditionellem Spritzbeton – in Sachen CO₂ umweltfreundlicher sein.
- Vorteil 2:** Der Spritzbeton aus Hanf isoliert besser gegen Kälte und Wärme. Und auch gegen den Schall.
- Vorteil 3:** Im Innenbereich kann das neue Produkt Feuchtigkeit aufnehmen

und Feuchtigkeit abgeben. Was für das Raumklima ein grosser Vorteil ist. Tönt alles spitze, umso mehr, als das Produkt im wesentlichen von der Chemikerin und Managerin Evelyne Prat entwickelt und gepusht wurde. Hanf plus Frauenpower für mehr Klimaschutz.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/bindemittel
«Bund»-Leser Sacha Meier ist gar nicht begeistert von diesem neuen Sika-Produkt. Es komme auf das Bindemittel an, wie umweltfreundlich ein Verputz letztlich sei.

● rebrand.ly/sika-bericht
Geschäftsberichte sind wahre Fundgruben in Sachen Informationen. So sitzt im Verwaltungsrat der Sika auch die Verwaltungsratspräsidentin der SBB, Monica Ribar. Nicht genug: Ribar sitzt auch im Verwaltungsrat der Lufthansa, für deren Tochter Swiss die Steuerzahlenden wegen Corona jetzt bluten sollen. Um so die Fluggesellschaft Helvetic von Martin Ebner zu retten.

● rebrand.ly/hanfbeton
Immer mehr Bauprodukte verwenden Hanf als Zuschlagstoff.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



KEINEN PLAN: Wie die Gesundheit der Mitarbeitenden in der Küche geschützt werden soll, steht nicht im Gastrosuisse-Papier. FOTO: KEYSTONE



ILLU: ROLF WILLI

Die Briefträgerin & das Flattern

Manche Arbeitstage fangen ganz passabel an. Der erste Tag nach den langen Ferien war so einer, das frühe Aufstehen war gar nicht schlimm. Und dann durch den kalten Bahnhof, auf den Zug und beim Betreten des «Stollens» ein fast hei-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

matliches Gefühl. Nicht besonders viel Post, dabei dafür aussergewöhnlich viele persönliche Briefe und die Coop- und Migros-Zeitungen gleichzeitig. Die Zeitungen waren nicht dick, sie enthielten keine Werbeeinlagen, was einen Vor- und einen Nachteil hatte: Angenehm war, dass die Bünde nicht allzu schwer wurden. Eher unangenehm, dass die Zeitungen in der Hand schlampften, sie zeitvorgaberecht durch die Schlitze zu befördern erforderte Geschick und Übung.

NETTO & BRUTTO. An jenem Morgen waren auch eine Netto- und eine Bruttowerbung an den Mann beziehungsweise die Frau zu bringen. Nettowerbung ist kommerzielle Werbung, die nur in Kästen ohne Stopkleber versenkt wird. Die Bruttowerbung geht an alle Haus-

Auf dem Weg zurück kaufte die Briefträgerin ein Sandwich.

haltungen, sie stammt von gemeinnützigen oder politischen Organisationen. Auch die Bruttowerbung bestand an jenem Dienstag aus einer dünnen Zeitung. Die Briefträgerin eilte wie üblich durch die Gegend. Eine kalte, böige Bise blätterte in den Zeitungen. Und liess sie in den Händen flattern, was das Einwerfen zusätzlich erschwerte. So verging die Zeit. Corona war kaum ein Thema. Die Strassen waren leerer als sonst, die Briefträgerin unterschrieb selber für die Empfängerinnen und Empfänger der eingeschriebenen Post. Das war's. Auf dem Weg zurück in die Basis kaufte sie ein Sandwich, weil die Kantine geschlossen war.

TAGEBÜCHER. Sie erledigte die dringendsten Nacharbeiten, und dann ging's ab in den Pausenraum. Im «Bund» stand zu lesen, dass prominente tagebuchverfassende Schreibende nichts Interessantes zum Thema Corona zu erzählen wüssten. Die Briefträgerin fragte sich: «Warum wohl?» Sie trank den Kaffee aus, desinfizierte den Tisch und ging zurück zum Sortiergestell. Dort hatte ein flinker, solidarischer Stift ihr bereits einen Teil der verbliebenen Arbeit abgenommen. Sie erledigte den Rest, dann war Feierabend, und auf dem Weg zum Zug dachte sie: «Manche Arbeitstage hören auch ganz passabel auf.»

Im Beizen-Schutzkonzept kommt die Küche nicht vor «Zu wenig Schutz für die Mitarbeitenden»

Der Wirtverband wollte ums Verroden die Beizen schnell öffnen. Nicht mit diesem Konzept, befand der Bundesrat. work hat das Papier studiert.

CHRISTIAN EGG

Gross war das Jammern von Casimir Platzer am 17. April. Der Präsident des Wirtverbandes Gastrosuisse gab sich «sehr enttäuscht», dass die Bars und Beizen weiterhin zubleiben müssen und im Corona-Lockerungsplan des Bundesrates nicht vorkommen. Und er gab sich verwundert, denn der Verband habe dem Bundesrat extra ein Schutzkonzept vorgelegt.

Offensichtlich ist dieses Konzept bei der Landesregierung durchgefallen. Und ein Blick in das Papier, das work vorliegt, zeigt auch, warum.

Das Herz einer jeden Beiz ist die Küche. Dort ist es warm, meist eng und oft hektisch – ideale Voraussetzungen für eine Verbreitung von Viren und Keimen. Deshalb gelten für Restaurantküchen hohe Anforderungen an die Hygiene. Erstaunlich aber: Im ganzen Corona-Schutzkonzept von Gastrosuisse ist die Küche mit keinem Wort erwähnt. Es findet sich nur ein allgemeiner Satz, wonach fürs Personal «der Abstand von 2 Metern oder Schutzmaske» verbindlich sein müsse.

ZU WENIG DURCHDACHT

Für Christine Michel, Expertin für Gesundheitsschutz bei der Unia, ist das ungenügend. Masken böten keinen absoluten Schutz. Und seien deshalb nur eine Ergänzung zu allen anderen Schutzmassnahmen – aber kein Ersatz, wie das Gastrosuisse vorsieht. Michel: «Stattdessen müsste man bei allen Abläufen in einem Restaurant überlegen:

Wie kann ich sie gestalten, dass die Mitarbeitenden den Abstand einhalten können?» Doch das fehlt im Konzept.

Das vorliegende Papier sei zu wenig durchdacht, so das Fazit von Unia-Frau Michel: «In dieser Form bietet es zu wenig Schutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.»

Offenbar haben die Verbände Gastrosuisse und Hotellerieuisse das Konzept im Alleingang geschrieben. Mauro Moretto, bei der Unia fürs Gastgewerbe zuständig: «Sie haben die Gewerkschaften im Vorfeld nicht konsultiert.» Das soll

jetzt anders werden: Am 22. April veröffentlichte der Bund ein Muster-Schutzkonzept. Die Verbände sollen jetzt auf dieser Basis Konzepte ausarbeiten, die wirklich schützen. Und die

Verordnung schreibt neu vor: «Sie hören hierzu die Sozialpartner an.»

BEIZER GEGEN HAURUCKÜBUNG

Mit ihrer Hauruckübung haben die beiden Verbände wohl auch nicht im Sinn der meisten Mitglieder agiert. Denn zwei Meter Abstand zwischen den Gästen ergibt für viele Beizen zu wenig Umsatz für einen rentablen Betrieb. So drängt etwa die Gastrokette Remimag (schweizweit fast 30 Restaurants) nicht auf eine rasche Wiederöffnung. In der NZZ sagt Geschäftsführer Bastian Eltschinger: «Eine Lockerung kann für uns nur kostendeckend sein, wenn es keine Beschränkungen gibt.» In einer Umfrage des Stadtzürcher Gastroverbandes sagten sogar bloss 11 Prozent der Betriebe, sie seien für eine rasche Öffnung. 39 Prozent wären nur dafür, wenn es keine grossen Einschränkungen gäbe. Und 50 Prozent sind dagegen.

Bloss 11 Prozent der ZH-Beizer wollen eine rasche Öffnung.

Corona-Schutz: Die Kontrollen auf den Baustellen sind mangelhaft Nur gerade sechs Kantone schauen wirklich genau hin

Die Kontrollen auf dem Bau sind ein Flickenteppich – weil die Baumeister eine nationale Lösung verhindern.

CHRISTIAN EGG

Halten die Baufirmen die BAG-Regeln ein, um ihre Arbeiter vor Corona zu schützen? Im Kanton Aargau wird das seit Ende März genau kontrolliert. Unangemeldet. Bisher bei fast 300 Firmen. Bei 121 haben die Kontrolleure Nachbesserungen angeordnet. Die Firmen haben 24 Stunden Zeit, um die Mängel zu beheben. Sonst wird die Baustelle geschlossen.

Das Besondere: Im Aargau machen diese Arbeit nicht nur die Suva und der Kanton. Sondern auch die Kontrolleure der paritätischen Kommission Bau, in denen Gewerkschaften und Arbeitgeber vertreten sind. Normalerweise überwachen sie den

GAV-Vollzug. Jetzt kontrollieren sie zusätzlich den Corona-Schutz im Auftrag des Kantons. Pascal Johner, Geschäftsführer der paritätischen Kommission und Arbeitgebervertreter, lobt die Zusammenarbeit zwi-

«Der Baumeisterverband kritisiert lieber die Unia, statt gemeinsam Corona zu stoppen.»

NICO LUTZ, UNIA

schon Gewerkschaften, Baumeistern und Kanton: «In dieser Sache ziehen alle am gleichen Strick», sagte er in der «Aargauer Zeitung».

WILLKOMMEN

Die Unterstützung der erfahrenen paritätischen Kontrolleure ist hochwillkommen. Denn die Kantone haben nicht genügend Ressourcen,

um alleine alle Baustellen zu kontrollieren. Und die Suva, vom Bundesrat als Hilfe beauftragt, hat auch nur knapp 30 Kontrolleure für die ganze Schweiz (work berichtete rebrand.ly/kontrollflaute). Bei rund 30 000 Baustellen im Land reicht das nirgends hin.

Ähnlich wie im Aargau arbeiten auch in Baselland, Genf, Waadt, Neuenburg und Jura die paritätischen und die kantonalen Kontrolleure zusammen gegen Corona. Alleine in diesen Kantonen sind so über 50 zusätzliche Fachleute unterwegs, um das Einhalten der BAG-Regeln zu prüfen.

VERWEIGERUNG

Doch warum nur in diesen sechs Kantonen und nicht in der ganzen Schweiz? Der Baumeisterverband



VORBILDER: Unter anderem der Aargau zeigt, wie's geht. FOTO: KEYSTONE

weigert sich, solche Modelle auf nationaler Ebene zu unterstützen. Unia-Bauchef Nico Lutz sagt dazu: «Die Verbandsspitze kritisiert lieber in den Medien die Unia, anstatt mitzuhelfen, die Gesundheit der Bürger zu schützen und die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen.»



EU-Konjunkturprogramm Kommt jetzt die dicke Bertha?

Wer die Bekämpfung der Corona-Krise als Krieg inszeniert, stellt sich auch den ökonomischen Wiederaufbau danach militärisch vor. Die ganz «grosse Feuerkraft» müsse da aufgeföhren werden, wie im Ersten Weltkrieg die grösste Kanone, die «dicke Bertha», sagt der deutsche «Tagesspiegel». Und meint damit die Milliarden



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Staatshilfen, die Deutschland jetzt gesprochen hat.

Aber auch wenn der Vergleich mit dem Krieg absurd ist: die Folgen der Pandemie werden verheerend bleiben, auch wenn die Zahl der Toten zurückgeht. Millionen Menschen arbeitslos und verarmt. Einbruch der Wirtschaft um mehrere Prozente. Eine gigantische Krise. Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, braucht es nun riesige staatliche Förderpakete, die sich nicht in Milliarden zählen, sondern in Billionen.

AUS DEM SUMPF. Die EU packt es nun endlich an. Allen ist klar, dass sich nicht jedes Land am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen kann. Ein erstes «500-Milliarden-Sofortpaket» ist beschlossen. Davon 100 Milliarden Euro für Darlehen zur Stützung der Kurzarbeitsversicherungen in den EU-Ländern (SURE). 240 Milliarden für zweckbestimmte günstige Sofortkredite für das Gesundheitswesen (ESM). Und weitere 200 Milliarden für die Europäische Investitionsbank für Bürgschaften bei Investitionen.

WIEDERAUFBAU WOHN? Ein grösseres Konjunkturpaket wird folgen. Es soll ab 2021 wirken, umfasst 1,5 Billionen Euro und heisst ganz unimilitärisch «Europäischer Aufbaufonds». Das Budget der EU wird dafür aufgestockt. Aus dem Fonds wird ein Mix von Krediten, Garantien, aber auch von Subventionen finanziert. Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte, der sich besonders für so ein Programm eingesetzt hatte, freut sich: «Eine wichtige Etappe – vor kurzem wäre so was noch undenkbar gewesen!» Vieles ist aber noch offen. In welche Richtung soll die europäische Wirtschaft «aufgebaut» werden? Damit sie wieder so ist wie vor Corona? Oder muss nicht vielmehr der Aufbau ein ökosozialer Umbau sein?



Fragen in Zeiten von Covid-19

Ich betreue die Kinder, wie beantrage ich Entschädigung? Erhalte ich während der Schulferien auch Entschädigung? Ich möchte die Ferien verschieben, aber der Chef lehnt ab. Darf er das? Ich bin in der Lehre, und die Schule fällt aus. Muss ich jetzt 100 Prozent arbeiten? Alle Antworten auf www.unia.ch/coronavirus

Blocher-Partei aus Koma erwacht SVP im Corona-Fieber II

Die SVP wurde von der Corona-Pandemie auf dem linken Fuss erwischt und brauchte glatte drei Wochen, um sich zu sortieren. Umso heftiger dreht sie jetzt im Roten.

CLEMENS STUDER

Fünf Fragen zum Anfang:

1. Wer wollte die letzte Session im Bundeshaus sofort abbrechen?
2. Welche Erbprinzessin welcher Partei ist bereits am ersten Tag jener Session mit Maske im Rat rumstolziert?
3. Welche Partei wollte keine Sondersession ab dem 4. Mai?
4. Führende Figuren welcher Partei wollen jetzt sofort alle Pandemie-Massnahmen lockern und nehmen dafür eine zweite Corona-Welle von Ansteckungen und Toten in Kauf?
5. Welche Figuren welcher Partei und ihnen zugewandten Ökonomen wollen rund einen Drittel der Schweizer Bevölkerung einsperren und phantasieren von einer «Durchseuchung»?

Und eine kurze Antwort: die SVP.

HURRLIBUEB-POLITIK

«Hurrlibueb» ist das Dialektwort für das, was im Standarddeutsch «Brummkreisel» heisst. Also jene Spielzeuge, die, einmal angetrieben, um die eigene Achse wirbeln und Lärm machen. Zuerst also

SVP möchte einen Drittel der Bevölkerung einsperren.

den Abbruch der Session verlangen – und dann damit auch noch Erfolg haben. Selbstverständlich ging es SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi dabei nicht um den Gesundheitsschutz im Bundeshaus, sondern darum, misslie-



WINKE, WINKE, CORONA: Sünneli dreht im Roten. FOTO: KEYSTONE

bige Geschäfte zu verzögern. Zum Beispiel die Übergangsrente für ältere Arbeitslose. Die SVP bekämpft diese, wollte mit ihrer Ablehnung aber vor der Abstimmung über ihre Kündigungsinitiative nicht im Schaufenster stehen. Mit dem überstürzten Sessionsabbruch hatten die Blocheristen zwar Erfolg. Aber trotzdem

Pech, weil der Bundesrat später auch die Abstimmung über die Kündigungsinitiative verschob.

Dann war für ein paar Wochen mehrheitlich Ruhe im Rechtsaussen-Stadl. Bis Magdalena Martullo-Blocher ihre Mummenschanz-Nummer mit der Maske wiederaufnahm. Und verkündete, sie verkaufe jetzt Mas-

ken an Coiffeursalons für 90 Rappen das Stück (plus Mehrwertsteuer und Porto). Rechnende Coiffeusen kaufen ihre Masken deshalb besser beim Detaillisten. Dort (zum Beispiel bei Lidl) kosten sie nur 69,8 Rappen, alles inklusive, also über 20 Prozent weniger.

WACHABLÖSUNG?

Auffallend: SVP-Führer Christoph Blocher geht ideologisch nicht mehr voran. Aus seiner Selbstquarantäne in der Herrliberger Millionenvilla stellte er sich zuerst hinter den Bundesrat. Und verstummte dann vorübergehend. Den Lärm machte und macht seine Tochter. Erst vergangene Woche meldete sich Vater Blocher wieder in seinem Internet-TV und erklärte dem Bundesrat – ganz in der Tonalität seiner Tochter – den Krieg. Und in der gleichen Woche veröffentlichte die SVP ein Corona-Insert voller Behauptungen und heisser Luft. Auf Seite 7 sagt work, was wirklich stimmt.

Die SVP will im Grunde alle Massnahmen zum Gesundheitsschutz lockern, damit die Profite wieder fliessen. Die Gesundheit der Menschen ist da höchstens zweitrangig. Darum auch das fahrlässige Gerede von der «Durchseuchung der Bevölkerung» und die irrwitzige Idee, fast einen Drittel der Menschen in diesem Land einzusperren, bis eine Impfung existiert. Also je nach Prognosen zwischen einem halben Jahr und 18 Monaten.

UND JETZT?

Die kommende Sondersession im Zeichen der Corona-Bekämpfung und der Linderung der ökonomischen Auswirkungen auf die Menschen wird zeigen, welche politischen Kräfte im gesundheitlichen und ökonomischen Interesse der Mehrheit handeln. Eine Antwort, für die man kein Prophet sein muss: die SVP wird nicht dazugehören. Aber viel Lärm machen – wie ein Hurrlibueb eben.

Ems-Chemie: Chefin Martullo-Blocher will partout keine Kurzarbeit Entlassungen und Dividenden

Bei Martullo-Blochers Ems-Chemie gibt's keine Kurzarbeit. Dafür Entlassungen für die Angestellten und Dividenden für die Aktionäre.

RALPH HUG

Die Corona-Krise bremst auch die Ems-Chemie AG. Der Umsatz des Unternehmens ist seit Jahresbeginn um 18 Prozent eingebrochen, es winkt weniger Gewinn.



SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. FOTO: ZVG

Autoritär steuert Martullo den Laden durch die Krise. Oberstes Prinzip: teure Arbeitsausfälle durch Corona-Kranke verhindern.

Bereits im März liess sie in der Werkskantine rote Linien markieren, verordnete Schutzmasken und zwang die Mitarbeitenden, bei Ferienanträgen auch das Land anzugeben, wo sie den Urlaub verbringen. Das ist unzulässig, wie Arbeitsrechtler Prof. Thomas Geiser «Blick» bestätigte.

RABIAT. Um jeden Preis will Martullo Anträge für Kurzarbeit vermeiden.

Stattdessen müssen Jahresarbeitszeitmodelle zur Bewältigung der Flaute herhalten. Und Entlassungen. So liess Martullo langjährige und ältere Mitarbeitende in der Ems-Tochter Eftec in Romanshorn auf die Strasse setzen. Dies enthüllte die WOZ. Ein Betroffener war in Thailand in den Ferien gewesen und hätte bei der Rückkehr für zwei Wochen in Quarantäne gehen müssen. Diese wären ihm als Mi-

nustunden angerechnet worden. Doch noch während der Quarantäne wurde er per sofort freigestellt. Aus «wirtschaftlichen Gründen».

Anscheinend mussten in Ems auch Temporäre gehen. Das weiss Lukas Auer, Industriesekretär bei der Unia Ostschweiz-Graubünden, aufgrund von Ratsuchen-

Martullo entliess langjährige und ältere Mitarbeitende in der Ems-Tochter Eftec.

den, die bei der Unia angeklopft hatten. Ems-Mediensprecher Conrad Gericke jedoch wiegelt ab: Die Anzahl der Temporären schwanke naturgemäss. «In den letzten zwei Wochen hat sie sich sogar noch erhöht», so Gericke zu work.

KRISEN-DIVIDENDEN. Mit ihren unzimperlichen Methoden spart Martullo Kosten auf dem Buckel der Beschäftigten. Diese fürchten um ihren Job und schweigen. Dass Martullo Kurzarbeit scheut wie der Teufel das Weihwasser, hat

handfeste Gründe. Das Parlament diskutiert derzeit ein Verbot von Dividenden für Firmen, die wegen Corona Kurzarbeit angemeldet haben. Der Bund hat die Möglichkeiten der Kurzarbeit infolge der Pandemie mit acht Milliarden Franken Steuergeldern massiv erhöht. Wenn nun auf diese Weise Gewinne für Aktionärinnen und Aktionäre in der Krise von der Allgemeinheit mitfinanziert werden, ist das skandalös.

An der Ems-Generalversammlung vom nächsten August soll die bislang höchste Dividende von 20 Franken pro Aktie ausgeschüttet werden. Fast 70 Prozent davon wird an die Blocher-Familie gehen. Letztes Jahr strichen Martullo & Co. über 300 Millionen Franken an Dividenden ein.

Das ist einsame Spitze in der Selbstbereicherung: Gemäss Berechnungen der Unia kassiert die Blocher-Familie mehr, als alle dreitausend Ems-Beschäftigten an Lohn erhalten. Kein anderes Schweizer Unternehmen zahlt so viel mehr an die Aktionäre aus als an die eigenen Mitarbeitenden, welche die Gewinne schliesslich erwirtschaftet haben.

Lockdown: Blocher-Partei drückt auf Hauruck-Exit – mit Inseraten

SVP im Corona-Fieber



SCHWER MASKIERT: Um im Bundeshaus aufzufallen, ist SVP-Nationalrätin und EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher kein Aufwand zu gross. FOTO: KEYSTONE

In riesigen Inseraten erklärt die SVP dem Bundesrat und seiner Corona-Politik den Krieg. work hat ihre Behauptungen an der Realität gemessen. Punkt für Punkt.

MARIE-JOSÉE KUHN

SVP-Vorwurf 1: «Die befürchtete Corona-Welle ist ausgeblieben. Viele Spitäler stehen leer, müssen selber Kurzarbeit anmelden. Selbst die Intensivstationen für Corona-Erkrankte haben viel Platz.»

Tatsache ist: Zu Beginn der Corona-Krise wusste niemand, mit wie vielen Fällen man in welchen Kantonen rechnen musste. In der ganzen Schweiz wurden nichtdringliche Operationen deshalb verschoben. Überall wurden zusätzliche Intensivbetten mit Beatmungsgeräten eingerichtet. Im Tessin, dem am meisten betroffenen Kanton, reichten die Kapazitäten knapp aus. Auch in der Westschweiz war die Auslastung zeitweise sehr hoch. Dank den Massnahmen des Bundesrates, die von SVP-Bundesrat Ueli Maurer bekämpft wurden, sank die Zahl der Neuinfizierten, der Kranken auf den Intensivstationen und der Toten schnell.

Jetzt kann in der Schweiz wieder überall operiert und therapiert werden. Das Schweizer Gesundheitssystem funktioniert also! Und das Spitalpersonal würde mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen verdienen.

Doch wir müssen jetzt sehr aufpassen, dass wir nicht in eine zweite Corona-Welle hineinlaufen, denn das wäre für die Schweiz noch viel teurer. Und für uns noch unangenehmer. Der Bundesrat muss vorsichtig bleiben.

SVP-Vorwurf 2: «Mit dem fast kompletten Lockdown, der mit den aktuellen Entwicklungen nicht mehr zu rechtfertigen ist, wird unsere ganze Wirtschaft zugrunde gerichtet. Jeder vierte Schweizer Berufstätige

ist heute bereits in Kurzarbeit oder schon arbeitslos.»

Tatsache ist: Wir haben es national und international mit dem grössten Wirtschaftseinbruch seit den 1930er Jahren zu tun. Deshalb arbeiten derzeit so viele Leute nicht oder weniger. Für alle Lohnabhängigen mit kleinen und mittleren Einkommen braucht es deshalb 100 Prozent Kurzarbeitsgeld (statt nur 80 Prozent). Das ist auch für die Belegung der Binnenkonjunktur dringend nötig!

Zudem ist die Schweiz exportabhängig, die Konjunktur hängt stark von der Nachfrage im Ausland ab. Das wäre auch bei einem Hauruck-Exit so. Wir sind darauf angewiesen, dass die Wirtschaft international zum Laufen kommt. Denn die Schweiz ist ein Land der Zulieferer. Und die Fabriken in der Schweiz werden nur zuliefern können, wenn Europa mit grossen Konjunkturprogrammen die Wirtschaft belebt.

SVP Vorwurf 3: «Die Pleitewelle steigt rapide an! Selbstständige und kleinere Firmen stehen vor dem Ruin!»

Tatsache ist: Es wird keine grosse Pleitewelle geben, wenn die Politik handelt. 1. Selbstständige müssen Beiträge von Bund und Kantonen erhalten. So wie dies der Bundesrat mit Verspätung und gegen den Willen von SVP-Bundesrat Ueli Maurer nun beschlossenen hat. 2. Die Kurzarbeit muss so lange weitergeführt werden, wie dies notwendig ist. Und 3. ist der Vorschlag der Konjunkturforschungsstelle (KOF) bedenkenswert. Sie verlangt nämlich, dass kleine und mittlere Unternehmen die Liquiditätsspritzen nur dann zurückzahlen müssen, wenn sie falsche Angaben gemacht haben oder die Umsatzverluste kompensieren konnten.

SVP-Vorwurf 4: «Der Bund sowie die Kantone schiessen Tag für Tag Milliarden Franken in ein Fass ohne Boden. Bereits sind 62 Milliarden Franken zugesagt – Geld, das wir Steuerzahler am Ende zahlen müssen! Die Verschuldung von Bund und Kantonen steigt so ins Unermessliche!»

Tatsache ist: Überall auf der Welt kämpfen Staaten und Nationalbanken gemeinsam gegen eine drohende Depression. Das FED, die amerikanische Nationalbank, übernimmt deshalb jetzt sogenannte Junk-Bonds, Hochzinsanleihen, von kleinen und mittleren Betrieben. Die Bank von England wiederum drückt digitales Geld und finanziert so den Staat.

Pro Einwohnerin oder Einwohner hat die Schweizer Nationalbank ein Vermögen von 100 000 Franken. Und somit gesamthaft 800 Milliarden Franken Reserven. Mit anderen Worten: Geld, das uns Steuerzahlenden gehört, ist genug da, um die Corona-Rechnung zu begleichen (siehe auch Artikel auf Seite 3). Diese wird sich wohl auf eine dreistellige Zahl Milliarden Franken belaufen. Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialwerke dürfen und müssen am Ende der Krise nicht überschuldet dastehen. Doch noch rütscht die Nationalbank untätig auf der Reservebank herum.

SVP-Forderung 1: «Schaffen Sie mit Hochdruck endlich genügend Masken und Tests an!»

Tatsache ist: Wir wissen nicht, ob Masken unter dem Strich etwas bringen. Oder ob sie uns nachlässig machen. Der bisherige Erfolg der Corona-Politik des Bundesrates belegt aber: Die Zahl der Neuinfektionen ging auch ohne Masken stark zurück. Jetzt kauft die Schweiz Masken wie wild. Eindeutig zu spät.

Dass die Armeeapotheke keine Depots an Atemmasken angelegt hatte, ist richtig. Bereits 2006 warnte die ehemalige SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer in einem Vorstoss vor einer Pandemie-Gefahr. Damals sass auch noch SVP-Bundesrat Christoph Blocher in der Landesregierung. Doch auch er nahm das Ganze nicht wirklich ernst (siehe Spalte rechts).

Und was ist mit den fehlenden Tests? Alles hängt davon ab, wann Roche genügend wird liefern können.

SVP-Forderung 2: «Stoppen Sie die Diskriminierung der kleinen Läden gegenüber den Grossverteilern. Auch diese sollten am 27. April wieder öffnen dürfen.»

Das SVP-Corona-Inserat

Massenarbeitslosigkeit stoppen! Pleitewelle verhindern!

Geheimnis Schweizerinnen und Schweizer
 Wichtig ist: Wir müssen erst vor dem Coronavirus schützen und dann es nicht verschärfen!

Tatsache ist aber auch: Die Infektions-Corona-Welle ist angebrochen. Viele Spitäler stehen leer, müssen selber Kurzarbeit anmelden. Selbst die Intensivstationen für Corona-Erkrankte haben viel Platz!

Was aber passiert ist: Mit dem fast kompletten Lockdown, damit die Wirtschaft nicht zusammenbricht, werden viele Betriebe geschlossen. Und es werden viele Menschen arbeitslos. Das ist ein Verbrechen!

Die Pleitewelle steigt rapide an!
 Selbstständige und kleinere Firmen stehen vor dem Ruin!

Die Bundesräte schiessen Tag für Tag Milliarden Franken in ein Fass ohne Boden. Bereits sind 62 Milliarden Franken zugesagt – Geld, das wir Steuerzahler am Ende zahlen müssen!

Die Verschuldung von Bund und Kantonen steigt so ins Unermessliche!

Schuld bei den SVP dem Bundesrat auf!
 • Schwere Corona-Themen werden angesprochen. Masken sind dabei.
 • Die Pleitewelle steigt rapide an!
 • Kurzarbeit wird verschärft. Auch das schadet.
 • 27. April wieder öffnen lassen.
 • Keine bei Pleitewelle verschärfung von Kurzarbeit.
 • Die Pleitewelle steigt rapide an!

Stopp Lockdown jetzt!

Tatsache ist: Hier ist der Bundesrat richtigerweise zurückgekehrt. Viele kleine Läden bleiben zwar noch zu. Aber die Grossverteiler dürfen auch weiterhin grosse Teile ihres Angebots nicht verkaufen.

SVP-Forderung 3: «Lassen Sie Restaurants unter Einhaltung von Schutzmassnahmen rasch wieder öffnen.»

Tatsache ist: Es gibt bisher keine vernünftigen Schutzkonzepte für die Mitarbeitenden und die Gäste (siehe Artikel auf Seite 5). Und: Die Margen der Restaurants sind sehr knapp. Wenn ein Restaurant nur mehr halb so viele Gäste bedienen darf, dann werden die Wirtinnen und Wirte Geld verlieren. Davor warnen sie sogar selber.

SVP-Forderung 4: «Die systematischen Grenzkontrollen sind aufrechtzuerhalten.»

Tatsache ist: Die Grenzkontrollen werden vorerst bleiben. Wir werden diese schrittweise und kontrolliert lockern. Gemeinsam mit unseren Nachbarn.

SVP-Forderung 5: «Stellen Sie die verfassungsmässige Ordnung wieder her und beenden Sie rasch den Lockdown.»

Tatsache ist: Der Bundesrat handelt nach Verfassung und Gesetz. Genauer: nach dem Pandemiegesetz beziehungsweise Epidemiegesetz. Christoph Blocher sagt heute, er habe damals im Nationalrat dagegen gestimmt. Tatsache ist: Zweimal war 2012 im Nationalrat darüber abgestimmt worden. Und beide Male fehlte Blocher laut Parlamentsprotokoll bei der Abstimmung. Alles also heisse SVP-Luft.

Das Fazit von work: Was die SVP wirklich will, ist weniger Sozialstaat in der Krise. Ihre Rezepte führen nachweislich zu mehr Arbeitslosen und mehr Konkursen. Das versucht sie allerdings zu vernebeln. Deshalb müssen die Gewerkschaften auch weiterhin Gegensteuer geben und Druck machen.

Corona vorweggenommen

Bundesrat war's egal

Bereits 2006 warnte Ex-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer den Bundesrat vor den Risiken einer Pandemie. Vergeblich.

MARIE-JOSÉE KUHN

Wie hoch schätzt der Bundesrat die Gefahr einer Pandemie in der Schweiz und in Europa? Wie gross schätzt er im Pandemie-Fall die Risiken für die Wirtschaft? Und welche konkreten Massnahmen sieht er vor?

Topaktuelle Fragen, doch sie stammen von 2006. Damals hatte die Welt gerade die Sars-Pandemie hinter sich gebracht, und SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer stellte dem Bundesrat diese Fragen. In einem Vorstoss.

PEINLICHER BLOCHER. Doch die bundesrätliche Antwort war enttäuschend. Leutenegger Oberholzer sagt rückblickend: «Schon damals war klar, dass Pandemien das 21. Jahrhundert prägen werden. Klar war auch, dass man sich auf diese vorbereiten kann und muss. Doch Verwaltung und Bundesrat nahmen das nicht ernst.» Sie hätten nicht begriffen, welche Risiken mit dem Ausbruch einer Pandemie verbunden seien. Auch der damalige SVP-Bundesrat Christoph Blocher nicht. Dennoch wirft Blocher heute dem jetzigen Bundesrat auf «Teleblocher» vor, er habe «zu spät reagiert» auf Corona und sei nicht vorbereitet gewesen.

«Nur noch peinlich ist das», meint dazu Leutenegger



«Alle Unterlassungen müssen jetzt aufgearbeitet werden.»

SUSANNE LEUTENEGGER OBERHOLZER

Oberholzer, wenn man es selber nicht gecheckt hatte.

Die ehemalige Nationalrätin gibt dem aktuellen Bundesrat allerdings auch keine Bestnoten. Sie sagt: «Trotz Pandemieplanungen war konkret wenig bis nichts vorbereitet. Und die ökonomischen Auswirkungen wurden grotesk unterschätzt.» Und wieder stellt sie unbequeme Fragen: «Warum hat niemand Maskendepots angelegt? Warum hat man nicht rechtzeitig Maschinen zur Produktion von Masken gekauft? Warum wurde die Forschung in Sachen Coronaviren nicht vorangetrieben? Warum nahm man die Sicherung der Versorgungsketten mit Medikamenten, Impfstoffen und Medizinalgeräten auf die leichte Schulter? Das alles zeigen verschiedene parlamentarische Vorstösse.» Verlangt etwa auch Leutenegger Oberholzer eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zu Corona, so wie das Blochers SVP tut? Blocherische Schaumschlägerei, winkt sie ab, «doch klar ist, dass alle Unterlassungen aufgearbeitet werden müssen. Einsetzen muss man spätestens bei der Sars-Pandemie.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE KATASTROPHE IN AFRIKA

Abba Kyari war ein temperamentvoller, beliebter, nicht unsympathischer Mann aus dem islamischen Norden von Nigeria. Er gehörte zum Volk der Fulani. Der 67jährige war einer der einflussreichsten Männer des Landes. Sein Freund Muhammadu Buhari ist Staatspräsident in Abuja. Er machte

Anstatt sich um das zerrüttete Gesundheitssystem im eigenen Land zu kümmern, lassen sich afrikanische Potentaten in Europa pflegen.

Kyari zu seinem Kabinettschef. An einem schönen März-morgen flog

Kyari im Präsidentenflugzeug nach London. Er wollte sich dort in einer Privatklinik auf den Coronavirus testen lassen. Doch die britischen Behörden verweigerten dem Präsidentenflugzeug das Landrecht. Unterstützt von Buhari, provozierte Kyari einen wüsten diplomatischen Konflikt. Als die britische Presse seine sündhaft teure private Gesundheitsfürsorge kritisierte, antwortete er: Er sei nach London geflogen, um das überlastete nigerianische Gesundheitssystem nicht noch mehr zu belasten. Nach der Rückkehr in sein Land wurde die Corona-Infektion bei ihm festgestellt. Er starb am 17. April.

GESUNDHEITSTOURISMUS. Der Konflikt um das Landrecht der Maschine Kyaris ist exemplarisch: Anstatt sich um das völlig zerrüttete Gesundheitssystem im eigenen Land zu kümmern, lassen sich afrikanische Potentaten in Europa oder in den Vereinigten Staaten pflegen. Auch Schweizer Spitäler profitieren glänzend von diesen Touristinnen und Touristen. Der kamerunische Staatschef Paul Biya verbringt jährlich mehrere Wochen in einer Klinik in Genolier VD. Die algerischen und die marokkanischen Herrscher bevorzugen das Genfer Kantonsspital.

Nigeria ist der bevölkerungsreichste Staat Afrikas und der achtgrösste Erdölproduzent der Welt. Geld ist also genug da, doch das Land investiert lediglich lächerliche vier Prozent seines Budgets in die Gesundheitsvorsorge. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen gerade 180 Spitalbetten und nicht 5000, wie es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt. Überall auf dem Kontinent zerstört eine himmelschreiende Korruption die Gesundheitsvorsorge, und die meisten Schutzregeln gegen die Seuche sind überhaupt nicht anwendbar. Ein Drittel der 950 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner lebt laut Uno in sogenannten informellen Behausungen, das heisst in menschenunwürdigen Hütten. Wem sollte es etwa gelingen, in den überfüllten, stinkenden Slums der kenianischen Hauptstadt Nairobi die «soziale Distanz» von zwei Metern einzuhalten? Laut der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno, sind 35,2 Prozent der afrikanischen Bevölkerung permanent unterernährt. Ihre Immunkräfte, die sie dem Coronavirus entgegenzusetzen sollten, sind daher aufs schwerste geschwächt.

RADIKALER PROTEST. So schrecklich die Seuche im schutzlosen Afrika wahrscheinlich wüten wird, so sicher ist der Aufstand der afrikanischen Völker. In bald allen Hauptstädten mehren sich die Protestmärsche, die radikal-kritischen Stimmen. Sie fordern massive staatliche Investitionen in die nationalen Gesundheitssysteme, das sofortige Ende des elitären Gesundheitstourismus und den Sturz ihrer korrupten Regenten.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

work-Redaktor Jonas Komposch (31) im Corona-Einsatz

«Heitere Stroh- und anderer Säck!»

Ein Alters- und Pflegezentrum im Zürcher Oberland: Schon am ersten Tag hat's der «Zivi» schweisstreibend. Und dann möchte ihm eine abenteuerlustige Rüstige wegen der Uniform erst noch an die Wäsche.

JONAS KOMPOSCH

Am 16. März erklärte der Bundesrat die Lage für ausserordentlich und mobilisierte die Armee. Zwei Tage später klingelte auch mein Telefon. Eine unbekannte Nummer: «Ja tschau, hier ist Ronny vom Zivilschutz.» Er wolle mich nur kurz informieren, dass ich wegen des Notstands bald mit einem Aufgebot rechnen müsse. In meinem Kopf funkte es zurück: «Verstanden, muss mit Aufgebot rechnen, Ende!»

Ronny kannte ich nicht. Seinen Verein aber zur Genüge. Als Zivilschutzsoldat mit der Funktion «Betreuer» habe ich in über zehn Dienstjahren schon unzählige Bunker inspiziert, etliche Katastrophenszenarien eingeübt und mir an eidgenössischen Schwing-, Älpler-, Schützen- und Turnfesten die Beine in den Bauch gestanden. Nun plötzlich der Ernstfall – und was für einer! Die Behörden rechneten zu Recht mit dem Schlimmsten: mit überfüllten Spitälern, überlastetem Gesundheitspersonal und einem Virus ausser Kontrolle.

Kein Wunder, rief Mutter Helvetia auch viele der schweizweit 110 000 Zivilschützer und 542 Zivilschützerinnen an die Corona-Front. Rund 600 sind derzeit allein im Kanton Zürich im Einsatz. Und seit fünf Tagen trage auch ich das orange-olivgrüne Tenue, die wohl grellste aller Uniformen. Aber nicht nur! Lila Pluderhosen und ein weisser Kittel gehören ebenfalls zu meiner aktuellen Garderobe.

AUF SPAZIERFAHRT

Stationiert bin ich nämlich in einem Alters- und Pflegezentrum im Zürcher Oberland. Und dort trägt das Personal Lila-Weiss. Von dieser Kleiderordnung ausgenommen sind bloss der Chefkoch und der Heimleiter – die beiden einzigen Männer im Betrieb. An mein neues Pflegerinnen-Dress habe ich mich rasch gewöhnt. Mehr Mühe bereitet mir hingegen die Schutzmaske, die für alle Mitarbeitenden Pflicht ist, mir aber ständig die Brillengläser beschlägt. Besonders dann, wenn die Bütz schweisstreibend ist. Und das kommt im Pflegealltag nicht selten vor. So lieben es die allermeisten Seniorinnen und Senioren, vom «netten Herrn Soldat» im Rollstuhl durch das Dorf gekarrt zu werden.

Das bringt den Schreiberling schnell ins Schwitzen – und zwar nicht nur bei Herrn Bär, dem ehemaligen Gourmetbeizer und Mann von stolzem Gewicht. Auch die zierliche Frau Gredig hat es in sich. Denn sie will so gerne wieder einmal steil bergauf ins Oberdorf, wo es «das schönste Alpenpanorama» zu sehen gebe. Also angepackt und nichts wie hin.

So schob ich schon am ersten Vormittag ein halbes Dutzend Unternehmungslustige durch die Gegend. Wer könnte es ihnen vergönnen? Ganze zehn Tage mussten alle Bewohnerinnen und Bewohner isoliert in ihren Zimmern ausharren. Und immer noch dürfen Angehörige nur ausser Haus empfangen werden. Trotz aller Vorsicht starben auch in diesem Altersheim bereits fünf Personen an Covid-19. Und mehrere Infizierte befinden sich noch in Quarantäne. Die darf der «Zivi» keinesfalls betreten. Das



KOMPOSCH, JONAS, work-Redaktor, meldet sich zum Dienst an der Corona-Front. Ende.

ist Sache der erfahrensten Pflegerinnen. Mit Brillen, Spezialmasken und im Schutzanzug öffnen sie diese abgesperrten Zimmer und pflegen die Erkrankten. Während vor der Tür mehrere Kolleginnen mit medizinischem Gerät assistieren. Eine beeindruckende Szenerie. Und eine aufwendige Tätigkeit – wie fast alles momentan.

AM STAMMTISCH

Eine Pflegefachfrau erklärt: «Mit Corona hat sich unsere Arbeit vervielfacht.» Vor dem Virus habe man vieles in der Gruppe machen können, doch jetzt sei oft Einzelbetreuung notwendig. Hinzu komme das unaufhörliche Waschen, Putzen und Desinfizieren. Eine mehrere Frauen starke Equipe kümmert sich um nichts anderes als die Heimreinigung – den ganzen Tag lang. Eine Betreuerin sagt mir: Zivilschutzleistende seien deshalb «eine enorme Entlastung». Die Belegschaft habe nämlich

quasi keine Zeit mehr für eigentlich wichtige Tätigkeiten. Für Gesellschaftsspiele etwa oder das Vorlesen aus der Zeitung. Also muss der Uniformierte ran, in der Cafeteria, wo eine gesellige Altfrauen- und -herrenrunde am Stammtisch sitzt.

Ich schlage das Lokalblatt auf und lese laut. Thema: Notkredite des Bundes. Doch schon nach wenigen Sätzen fällt mir ein rüstiger Rentner ins Wort: «55 Milliarden Franken!» ruft er ungläubig und fragt laut: «Hat der Maurer Ueli dann auch für unsere AHV noch was übrig?» Und schon ist sie im Gang, die lebhaft Politdiskussion der Ü-90er. Bis eine abenteuerlustige Rüstige die Stube betritt: «Heitere Stroh- und anderer Säck!» ruft sie beim Anblick meiner Zivilschutzkluft. Und: «Orange wie ein Pfirsich bist du. Darf ich da mal anbeissen?» Ich verneine und gehe schleunigst in den Umkleieraum. Lila Pluderhosen und weisser Kittel haben Vorteile!

Tamara Rohrbach (39), Pflegefachfrau Notfall

«Ohne Massnahmen wäre es schlimm geworden»

Vor fünf Wochen, ganz zu Beginn des Lockdowns, sagte Notfall-Pflegerin Tamara Rohrbach: «Ich hoffe sehr, dass es bei uns nicht zu Zuständen kommt wie in Italien, wo das Spitalpersonal vor Erschöpfung zusammenbricht.» Und das sagt sie heute:

«Am strengsten war es für uns im Berner Tiefenaspital Anfang März, als wir noch nicht vorbereitet waren. Dann haben wir uns aber gut organisiert: Wir haben jetzt in der Pflege pro Schicht eine Person mehr, weil wir die Pensen aufgestockt haben; vor dem Notfall steht der Covid-Truck, der die Abstriche macht, im Notfall haben wir fünf Kojen für Covid-Patientinnen und -Patienten eingerichtet, und dort, wo vorher die Orthopädie war, steht jetzt die Isolationsstation, die Platz für acht Kranke bietet. Die Isolationsstation war jedoch bisher nie vollständig belegt, meistens hatten wir zwischen drei und fünf Covid-Patienten. Die Insel-



NOTFALL-EXPERTIN: «Bis wir einen Impfstoff haben, bleibt der Virus ein Problem.»

gruppe, zu der auch das Tiefenaspital gehört, hat in der Stadt Bern 90 zusätzliche Intensivstationsbetten installiert, auch diese waren jedoch nie vollständig ausgelastet. Am meisten positive Tests hatten wir Mitte März, seither sind die Fallzahlen am Sinken.

SCHUTZMONTUR.

Die Massnahmen, die der Bund getroffen hat, aber auch die Neuorganisation im Spital waren gut. Wenn wir sie nicht gehabt hätten, wäre es schlimm geworden. Das zeigen

schon nur die Zahlen der Covid-Tests, die im Truck gemacht wurden: Meine Kolleginnen und Kollegen machten dort täglich 15 bis 20 Abstriche. Wenn wir die alle im Notfall hätten machen müssen, wäre es sehr stressig geworden. Denn für jeden Test müssen wir die volle Schutzmontur anziehen.

Seit dem 27. April fährt der Truck seine Tätigkeit jetzt langsam herunter. Aber es könnte schon sein, dass mit den Lockerungen die Zahl der Covid-Fälle wieder steigt. Es ist zwar schon gut, dass die Massnahmen jetzt wieder etwas gelockert werden. Irgendwann müssen wir das tun. Aber: Bis wir einen Impfstoff haben, bleibt der Virus ein Problem.» (asz)

«Für jeden Test ziehen wir die volle Schutzmontur an.»



Gianni Izzo (51), Coiffeur, selbständig

«Sooo heiss unter der Maske. Aber was wosch mache?»

Maske auf und Haare runter! Gianni Izzo kämpft in seinem Salon mit den Tücken der Schutzobjekte und stellt sich viele Fragen.

«Also, ich bin ja schön gespannt, wie das jetzt gehen wird mit diesen Masken und Handschuhen und so. Soll mir doch mal der Bundesrat erklären, wie man das machen soll mit diesen Maskenbündeln, wenn man rund um die Ohren raus-

«Hatte die Agenda subito platschvoll. Ist doch super!»

putzen muss. Wenn ich da hochschneiden soll. Und wenn man unter der Maske so schwitzt. Madonna! Sooo heiss, als hätte ich Wallungen! Und verstehen tut man die Leute unter den Masken auch nicht gut. Aber ok, was wosch mache?

NUR EIN VIRUS? Und dann mein Grossist! Den hab ich schon vor drei



FRISUREN-EXPERTE (nur fürs Foto ohne Handschuhe): «Der schönste Beruf!»

Wochen angerufen, um Ware zu bestellen. Viele Farben sind schon ausverkauft. Und Masken hatte er auch keine. Mamma mia! Wie kommt das noch heraus mit meinem Salon? Und alles wegen einem Virus! Ob schon, manchmal frage ich mich schon: Ist da noch mehr? Ist da noch was dahinter? Etwas, von dem wir noch gar nichts wissen? Oder wirklich nur ein Virus?

MAMMA MIA! Besser, ich komme gar nicht ins Grübeln, hab ich gesagt. Mamma mia! Immerhin kann ich jetzt wieder arbeiten. Das Geld wächst bei mir nämlich auch nicht auf den Bäumen. Und mein Partner, wegen Corona: einfach bumm – und arbeitslos! Aber, was wosch?

Hatte die Agenda subito platschvoll. Ist doch super. Hey, ich mach's einfach gern! Ich werde im nächsten Leben grad wieder Coiffeur! Das ist der schönste Beruf, den es gibt. Immer was los, die Leute erzählen, ein bisschen Psychologie, ein bisschen Stilberatung – und ich kann immer viel reden (lacht). Einfach perfetto! (mjk)

Neues von unseren Experten des Arbeitsalltags

«Wir halten die Stellung»

Regina Karich (48), Rayonleiterin bei Coop

«WC-Papier-Notlage ist behoben»

Im letzten work erzählte Coop-Verkäuferin Regina Karich von den damals neu eingeführten Nümmerli am Ladeneingang. Jetzt hat sie sich daran gewöhnt und möchte gewisse Corona-Massnahmen gar für immer beibehalten.

«Mir geht's gut – bin am Überstundenabbauen. Die 40 Corona-Überstunden habe ich jetzt schon fast wieder runter.

Die Situation im Laden hat sich nochmals etwas normalisiert, sogar die WC-Papier-Notlage ist behoben. Der Andrang der Kundschaft ist momentan wie auf einer Kreuzfahrt: ein Schiff kommt, ein Schiff geht. Im grossen und ganzen sind die Leute sehr freundlich. Viele sagen jetzt «Gueti Gsundheit» statt «Uf Widerluege». Es hat aber immer wieder ein paar aggressive Kunden, die Corona-Polizisten spielen. Oder

Leute, die verlangen, dass wir ihnen an der Self-Scanning-Kasse helfen, aber mit zwei Metern Abstand – das ist natürlich ein Witz!

ENDLICH BLUMEN. Seit dem 27. April verkaufen wir wieder Blumen. Viele Kundinnen und Kunden freuen sich und sagen mir, das Leben sei jetzt endlich wieder bunter. In den letzten Wochen haben wir auch mehr Alkohol verkauft. Ich denke, die Leute sitzen bei sonnigem Wetter mehr zu Hause auf dem Balkon und geniessen das Leben. Anstehen müssen die Kundinnen und Kunden nur am Wochen-

ende, aber darüber hat sich noch nie jemand beklagt. Und auch vor dem Laden halten die Leute immer schön eine Wägelilänge Abstand. Neu ist, dass wir jetzt im Geschäft

«Einige Kunden spielen Corona-Polizisten.»

Masken tragen dürfen. Ich selbst werde keine anziehen. Ich habe jetzt sechs Wochen lang keine Maske getragen, deshalb sehe ich nicht ein, wieso ich jetzt eine anziehen sollte. Wir haben ja die Plexiglasscheibe, die uns schützt. Diese Scheibe könnte von mir aus für immer bleiben. Denn noch immer gibt es viele Leute, die weder in den Ellenbogen noch in ein Nastuch niesen. Auch an das von Coop in Corona-Zeiten offerierte Zmorge mit Gipfeli, Orangensaft & Co. könnte ich mich gewöhnen, vielen Dank!

Allerdings möchte ich gerne wissen, wie es mit den Beizen weitergeht. Denn ich habe im Team vier Mitarbeitende des Coop-Restaurants. Wenn die dann plötzlich wieder wegfallen, muss ich umdisponieren. Ich habe sie jetzt mal bis Ende Mai eingeteilt – und dann müssen wir halt schauen.» (asz)



VERKAUFS-EXPERTIN: «Auch vor dem Laden halten die Leute immer schön eine Wägelilänge Abstand.»

Svenja Egger (20), Pharma-Assistentin im 3. Lehrjahr

«Traurig, dass es kein Abschlussfest gibt»

Im letzten work erzählte Pharma-Assistentin Svenja Egger von der Ungewissheit, was mit den Abschlussprüfungen passiert. Diese Frage hat sich mittlerweile geklärt.

«Alle Prüfungen sind abgesagt, ausser die praktische Prüfung in der Apotheke. Da habe ich natürlich nichts dagegen... Vor allem bei der schriftlichen Prüfung bin ich froh, dass ich darum herumkomme. Das wären berufsspezifische Sachen gewesen, Therapien, Rezepte, Chemie und so. Die praktische

«An der praktischen Prüfung muss ich beraten. Das kann ich!»

Prüfung macht mir nicht so Bauchweh. Zwei Fachleute werden mir 75 Minuten lang verschiedene Aufgaben stellen. Ich muss beraten, die richtigen Rückfragen stellen und so weiter. Aber das mache ich jeden Tag, das kann ich.

RIESENPUZZLE. Die Prüfungsabsage habe ich letzte Woche bekommen. Da hatte ich Ferien – eigentlich, um zu lernen. Jetzt habe ich etwas weniger gelernt und hatte dafür Zeit, meinen Eltern im Garten zu helfen und für mein Hobby, das Puzzeln. Das mache ich schon, seit ich klein bin. Für ein Tausender-Puzzle brauche ich nur vier Stunden, ich hab's mal gestoppt.

Traurig finde ich, dass es kein Abschlussfest geben wird. Da wären die Zeugnisse verteilt und die Besten des Jahrgangs verkündet worden. Vor allem habe ich schon am Anfang der Lehre, in Kanada, ein Abendkleid gekauft, das ich dann am Abschlussfest tragen wollte. Das Fest fällt jetzt ins Wasser. Schade! (che)



PHARMA-EXPERTIN: «Die praktische Prüfung macht mir kein Bauchweh.»



LEUGNEN UND KLEINREDEN: Donald Trump (USA), Jair Bolsonaro (Brasilien), Boris Johnson (Grossbritannien). FOTOS: GETTY (2), KEYSTONE (3)



SKURRILE THESEN: Alexander Lukaschenko, Marian Eleganti, Frank A. Meyer. FOTOS: KEYSTONE

Die Corona-Krise beschert Seelenfängern ein Hoch In den Grotten von Lourdes geht der Verstand baden

Corona-Fake-News können im Extremfall tödlich enden. Eine Auswahl der gefährlichsten Behauptungen.

JONAS KOMPOSCH
Marian Eleganti ist Weihbischof des mächtigen Bistums von Chur. Wegen des Lockdowns kann auch er von keiner Kanzel mehr predigen. Doch da entdeckte der Geistliche Youtube und wandte sich sogleich per Video an seine Schäfchen – und zwar empört! Denn im französischen Lourdes wagten es die Gesundheitsbehörden tatsächlich, auch die Pilgerstätte der «heiligen Bäder» zu schliessen. Unerhört für den Churer Gottesmann! Schliesslich habe sich dort noch kein einziger Wallfahrer irgendeine Krankheit geholt. Der Schöpfer selbst habe stets für Schutz gesorgt. Also sei das Baden in Lourdes auch jetzt, trotz Corona-Seuche, völlig unbedenklich. Zumindest für brave Christen. Denn, so Eleganti: «Glaubst du, so bleibst du, glaubst du nicht, so gehst du unter.»

tun dagegen verschiedene Staatsoberhäupter, denen die Profite wichtiger sind als die Gesundheit der Menschen. So etwa Alexander Lukaschenko, der ewige Herrscher Weissrusslands. Er meinte lapidar: «Wir erleben diese Viren jedes Jahr!» Oder Jair Bolsonaro, der rechtsextreme Präsident Brasiliens. Er hatte bezüglich Corona noch im März von einer «Phantasie» gesprochen, dann von einem «Grippchen», und kürzlich posante er: «Der Brasilianer sollte ein Studienfach sein, er wird nie krank. Selbst wenn

Rechte Foren behaupten, 5G-Technik sei schuld.

er in die Kanalisation eintaucht, passiert ihm nichts!» Dumm nur, dass Bolsonaro jetzt selbst an einem verdächtigen Husten leidet. Und dass sein Gesundheitsministerium noch nicht komplett gleichgeschaltet ist: Es hat bereits über 3000 brasilianische Corona-Tote gezählt. Und auch US-Präsident Donald Trump redete den Virus noch Anfang März klein: «Es ist wie ein Wunder, es wird eines Tages verschwinden. Bleibt einfach ruhig.»

Noch fahrlässiger handelte der britische Premier Boris Johnson. Er prahlte damit, auch Covid-19-Patienten die Hände geschüttelt zu haben. Das sei überhaupt kein Problem, und er werde es wieder tun. Dazu kam es nicht. Denn nun lag Johnson selber am Beatmungsgerät auf der Intensivstation.

LABOR-ALARM
Richtig irre geht es zurzeit in rechten Onlineforen zu und her. Wie wild verbreitet sich dort etwa die 5G-Theorie. Sie behauptet, dass die neue Mobilfunktechnologie die Ausbreitung des Virus begünstige. Bereits ist es in Grossbritannien zu einer Welle von Brandanschlägen auf 5G-Funkmasten gekommen. Andere Verschworene sehen in Corona einen von «dunklen Mächten» – gemeint sind zumeist «die Ju-

den» – herbeigeführten «Krieg gegen die Bürger», um eine «Neue Weltordnung» (NWO) zu installieren. Der Virus wird demnach als gezielt eingesetzte Biowaffe verstanden. In abgewandelter Form ist diese Theorie mittlerweile weit vorgedrungen. In den USA glauben laut einer Umfrage 29 Prozent der Bevölkerung, der Virus sei absichtlich in einem Labor hergestellt worden. Und in Deutschland glaubt jede und jeder dritte, dass Politiker und andere Führungspersönlichkeiten nur «Marionetten der dahinterstehenden Mächte» seien. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass die Schuldzuweisungen auch zwischen den Grossmächten gerade eskalieren. Schliesslich sind Sündenböcke praktisch, wenn man von hausgemachten Problemen ablenken muss.

Russische Staatsmedien meinen, den Virensprung in den US-Labors gefunden zu haben. Und US-Präsident Donald Trump behauptet, China habe den Virus absichtlich freigesetzt. Genau das tut nun ebenso die deutsche «Bild-Zeitung», und im «Sonntagsblick» hetzte Ringier-Publizist Frank A. Meyer, die «Täter von Wuhan» hätten die Welt bewusst und vorsätzlich getäuscht.

Ringier-Publizist Frank A. Meyer sieht die Täter in Wuhan.

Unterstellungen nimmt sich eine kürzlich veröffentlichte Mitteilung der chinesischen Botschaft in Bern wohlthuend nüchtern aus. Die Botschaft schreibt: «Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass übertragbare Krankheiten keine nationalen Grenzen oder gar Unterschiede zwischen Volksgruppen kennen. Sie sind ein Feind, mit dem die gesamte Menschheit konfrontiert ist. Es gibt einen einzigen Weg, diesen zu bewältigen: nämlich durch Kooperation der internationalen Gemeinschaft.»

Corona macht die Klassenunterschiede deutlich. National und global. Nicht alle sitzen im gleichen Boot

Vor dem Virus seien alle gleich? Von wegen! Geringverdienende zum Beispiel, Obdachlose und Suchtmittelabhängige waren schon bisher «sozial distanziert» – und sind es jetzt erst recht.

CLEMENS STUDER

Jede Krise spült Worte in den allgemeinen Sprachgebrauch, die vorher nur in eingeschränkten Milieus gebräuchlich waren. Das Schweizer Corona-Wort ist: nein, weder «Herdenimmunität» noch «Durchseuchung» – sondern «vulnerabel», also verwundbar oder verletzlich. Gemeint sind damit alle jene Menschen, die besonders gefährdet sind, wenn sie den Virus einfangen. Weil sie für eine Infektion besonders anfällig sind und weil die Krankheit bei ihnen besonders schwer verläuft. Bis hin zum Tod.

Die gesundheitlichen Risikogruppen beim Corona-Virus sind Menschen über 65 Jahre mit oder ohne Vorerkrankung. Plus alle Menschen unter 65 Jahre mit Vorerkrankungen wie Bluthochdruck, chronischen Atemwegserkrankungen (zum Beispiel Asthma), Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Ebenfalls eine Risikogruppe sind Krebskranke und Menschen mit geschwächtem Immunsystem. Laut offiziellen BAG-Zahlen sind das in der Schweiz 2 602 000 Menschen. Das sind fast 30 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner. Alle sie wollen die SVP und Wirtschaftsverbände einsperren oder «opfern», damit ihre Profite wieder stimmen.

WELCHE SOLIDARITÄT?

«Vulnerabel» ist aber nicht bloss eine Vokabel aus der Medizin. «Vulnerabel» gibt es auch gesellschaftlich und ökonomisch. Es ist viel von Solidarität die Rede in diesen Tagen. Und es gibt viele Angebote von unten, in der Nachbarschaft, in den Quartieren. Das macht Hoffnung und ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Und viele sagen, dass wir alle gleich seien vor dem Virus. Wir hören viele Appelle zum «Zusammenhalt» in schwierigen Zeiten. Auch das ist in Ordnung. Aber nein, nicht alle sind vor dem Virus gleich. Und nein, nicht alle sind von den Massnahmen zur Virusbekämpfung im gleichen Ausmass betroffen. Und nein, «wir sitzen nicht alle im gleichen Boot». Auch in Corona-Zeiten gibt es einige wenige, die da sitzen, während die Mehrheit rudert. Und viele können gar nicht erst ins Boot und ersaufen im Mittelmeer. Wer bereits vor Corona sozial und ökonomisch ausgegrenzt war, kann sich «social distancing» nicht leisten. Geringverdienende, prekär Beschäftigte, Obdachlose, Suchtmittelabhängige, sonst Abgehängte wachen schon vorher «sozial distanziert» und sind es jetzt erst recht.

BEISPIEL 1

Die Schulen sind geschlossen. Das ist vernünftig. Die Lehrkräfte haben Home-Schooling-Programme auf die Beine gestellt. Das ist gut. Und klappert alles irgendwie in der nicht mehr

Erkenntnis 1

Der neuartige Corona-Virus macht medizinisch keinen Unterschied zwischen den Klassen. Aber die soziale Lage der Klassen bestimmt, wie die Menschen durch die Krise kommen: gesundheitlich und ökonomisch.

ganz so neuen digitalen Welt. Vorausgesetzt, die Infrastruktur ist vorhanden. Das ist allerdings besonders für jene unmöglich, die schon vor Corona die nötigen Geräte nicht anschaffen konnten. Gering- und Mittelverdie-



DER REST BLEIBT DRAUSSEN: Wie im Arche-Noah-Märchen haben in der Corona-Krise nicht alle Zugang zu rettenden Massnahmen. KASPAR MEMBERGER: EINZUG DER TIERE IN DIE ARCHE NOAH (1588). ÖL AUF LEINWAND, 125,5 x 163 CM. © ANK-IMAGES.DE

Erkenntnis 2

Solidarität ist wichtig. Aber sie darf sich nicht auf Nachbarschaftshilfe beschränken. Es braucht mehr. Und zwar eine tiefgehende Änderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Organisation. Regional, national und global. Das herrschende System kommt mit der Herausforderung der Pandemie mehr schlecht als recht zurecht (siehe Seite 13).

arbeiten, ohne dass der Gesundheitsschutz gewährleistet ist. Im schlechtesten Fall verlieren sie das sowieso knappe Einkommen vollends. In der Schweiz sind nach den neusten verfügbaren Zahlen (2018) 660 000 Menschen arbeitslos. Darunter auch 135 000 Working Poor. Also Frauen und Männer, die trotz Lohnarbeit arm sind. 1,16 Millionen Menschen sind arbeitslos. Das heisst: sie verdienen deutlich weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölke-

rung. Für sie ist die aktuelle Lage nicht «Entscheidung», sondern zusätzlicher Existenzstress.

BEISPIEL 3

Besonders «vulnerabel» sind auch all jene Gruppen, die schon im gesellschaftlichen Normalbetrieb definitiv rausgedrängt sind: zum Beispiel Obdachlose, Abhängige und Sanspapiere. Viele Hilfsangebote wurden wegen der Corona-Krise eingestellt. Weil die geforderten Abstandsregeln nicht einzuhalten sind. Genauso wenig wie in den Asylzentren mit ihren Massenschlägen und – je nach Kanton – rigorosen Ausgangsregeln. Für Drogenabhängige in Gegenden ohne niederschwellige Stoffabgabe wiederum werden die Substanzen wegen der Grenzabriegelung knapp. Die Preise steigen – und gleichzeitig fallen die wenigen Einnahmequellen weg. Betteln am Bahnhof zum Beispiel, wenn keine Pendlerrinnen und Pendler unterwegs sind?

Drogenabhängige, Asylbewerberinnen und Sanspapiere haben unter pandemiefreien Umständen die Gabe, sich in den Menschenmengen zu bewegen wie Fische im Wasser: Unauffällig und auf der Hut. Das ist in leeregefallenen Städten nicht mehr möglich. Sie laufen ständig in Gefahr, einer der Polizeistreifen in die Arme zu laufen, die den öffentlichen Raum derzeit prägen. Für die einen ist das «bloss» zusätzlicher Stress, für die anderen geht es um Festnahme und Abschiebehaft.

BEATMUNGSGERÄTE

Bei schweren Verläufen müssen Patientinnen und Patienten, die an Corona erkrankt sind, auf der Intensivstation behandelt werden. In der Schweiz (Bevölkerung: rund 8,6 Millionen) gibt es derzeit rund 1000 solcher Intensivplätze mit Beatmungsgeräten. Der Bund hat inzwischen weitere 900 Geräte bestellt. In Afrika (Bevölkerung: knapp 1,3 Milliarden) gibt es nach Expertenschätzungen im besten

Erkenntnis 3

Die Corona-Krise ist zwar eine medizinische Krise. Aber ihre Folgen zeigen die Krise des Kapitalismus. Er ist einmal mehr entzaubert!

Fall 500 Beatmungsgeräte. Im griechischen Flüchtlingslager Moria (ausgelegt für 3000 Menschen) drängen sich 20 000 Frauen, Kinder und Männer auf engstem Raum. 1300 Menschen teilen sich einen Wasserhahn. Abstand halten, zu Hause bleiben, Hände waschen und desinfizieren – völlig unmöglich! Genauso wie in den Armenvierteln in Afrika, Süd- und Mittelamerika und Asien. Während sich die Reichen in Sicherheit bringen, hat die Mehrheit die zynische Wahl, sich

MEDIENKONZERNE

HOHLE HAND UND DIVIDENDEN

Vor 12 Jahren musste der Staat die UBS retten. Die hatte sich im internationalen Finanzcasino massiv verreckt. Und war darüber hinaus kriminell unterwegs. Rund 60 Milliarden Franken warfen Bund und Nationalbank für das Überleben der UBS auf. Kaum war das Volksvermögen zur Grossbank umgeleitet, mahnten die publizistischen Sprachrohre der Finanzindustrie, es müsse jetzt mit der «staatlichen Einmischung» genug sein. Die Banker sollen wieder fuhrwerken können, wie sie lustig sind.

NZZ & TA. Aktuell stützt die öffentliche Hand die Wirtschaft in der Corona-Krise – leider noch längst nicht alle Bereiche und Branchen. Der Staat muss das tun, weil «der Markt» versagt. Und noch mitten in der Krise (aber nachdem ein als KMU-Hilfspaket verkaufte Banken- und Immobilienkonzern-Unterstützungspaket aufgelegt war) kommen schon wieder die Marktradikalen um die Ecke. Sie schreiben «genug jetzt» oder warnen vor «Seuchen-Sozialismus» (O-Ton NZZ-Chef Eric Güjer). Bemerkenswert: Ausgerechnet die Medien jener Konzerne (NZZ und Tamedia) sind am lautesten, die aktuell beim Bund um Dutzende Millionen betteln, sich unterdessen Teile ihrer Lohnkosten als Kurzarbeit von der Allgemeinheit finanzieren lassen – und gleichzeitig Dividenden ausschütten. (cs)



Wir lassen uns nicht verwirren. Weder von der Corona noch vom Kapital.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Die Unia ist die grösste branchenübergreifende Gewerkschaft der Schweiz. Wir engagieren uns für unsere rund 190 000 Mitglieder und für faire Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Infolge Pensionierung suchen wir per 1. Juni 2020 oder nach Vereinbarung einen/eine

Nationale/n Branchenleiter/in für Branchen im Ausbaugewerbe (80–100%)

In dieser Funktion arbeiten Sie eng mit der Sektorleitung Gewerbe zusammen und sind verantwortlich für die Betreuung von nationalen Branchengremien und mehreren Branchen im Ausbaugewerbe.

Ihre Aufgaben

- Sie sind verantwortlich für die Lohnverhandlungen und Verhandlungen bei der Erneuerung von nationalen Gesamtarbeitsverträgen.
- Sie bieten Unterstützung bei der Vernetzung der Branchenverantwortlichen in den Unia-Regionen und beim Aufbau der Netze der Vertrauensleute.
- Sie arbeiten bei der Erneuerung kantonaler und regionaler GAV mit.
- Sie sind zuständig für die Erarbeitung, Durchführung und Koordination von Projekten und Kampagnen in den betreffenden Branchen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Sekretären/-innen in den Regionen und Sektionen.
- Sie nehmen Einsitz in paritätischen Kommissionen und arbeiten mit im Vertragsvollzug und in paritätisch zusammengesetzten Branchenspensionskassen.

Ihr Profil

- Sie verfügen über gewerkschaftliche und verbandspolitische Erfahrung und eine abgeschlossene Berufsbildung mit Weiterbildung oder Wissen auf Stufe FH.
- Sie sind teamfähig, engagiert und haben ausgewiesene Erfahrungen in Projektmanagement.
- Sie haben keine Berührungängste, und es fällt Ihnen leicht, sich zu vernetzen.
- Sie haben ein sicheres Auftreten, und Ihr Verhandlungsgeschick konnten Sie bereits unter Beweis stellen.
- Sie treffen Entscheidungen aufgrund Ihrer Erfahrung und Ihrer guten Kenntnisse zu Fragen der Gewerkschafts-, Sozial- und Vertragspolitik.
- Sie verfügen über ausgezeichnete Sprachkenntnisse (Wort und Schrift) in Deutsch und Französisch für Verhandlungen, aber auch für das Verfassen anspruchsvoller Texte. Italienischkenntnisse sind von Vorteil.

Unser Angebot

Die Unia bietet Ihnen eine vielseitige und sinnvolle Aufgabe mit Entwicklungspotential, sehr fortschrittliche Anstellungsbedingungen an einem gut erreichbaren Arbeitsplatz in der Stadt Bern.

Interessiert?

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung: bewerbung.be@unia.ch.

Telefonische Auskünfte erteilen Ihnen gerne Aldo Ferrari, Vizepräsident Unia, +41 79 247 73 92, oder Bruna Campanello, Co-Leiterin Sektor Gewerbe, +41 76 391 38 25.

**#LEAVE
NO ONE
BEHIND**

SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

#evakuierenJETZT

**Wir rufen den Bundesrat
eindringlich dazu auf, möglichst
viele Geflüchtete aus der Ägäis
in die Schweiz zu holen.**

www.evakuieren-jetzt.ch





VERSAGT: Die von den Neoliberalen angebotene «unsichtbare Hand des Marktes» ist leer, wenn es um die Bedürfnisse der Mehrheit geht. Die Corona-Krise zeigt es einmal mehr in aller Deutlichkeit. Es fehlen grundlegende Gesundheitsgüter wie Masken und Medikamente. FOTO: KEYSTONE

Corona zeigt: Mehr Markt und weniger Staat kann tödlich sein

Ist der Neoliberalismus (endlich) am Ende?

Privatisierung, Sozialabbau und Ich-AG: Die Rezepte der Turbokapitalisten versagen in der Krise total.

RALPH HUG

Das Vaterunser des Neoliberalismus tönt so: «Befreit die Wirtschaft von Fesseln! Baut den Staat ab! Senkt die Steuern!» Doch jetzt, in der Corona-Krise, zeigt sich brutal: Turbokapitalismus und Magerstaat führen ins Desaster.

BEISPIEL GESUNDHEITSWESEN

Neoliberale Regierungen in aller Welt strichen in den letzten Jahren das Gesundheitswesen zusammen, weil es viel zu teuer sei. Vor allem Italien, Spanien und England taten sich mit besonders radikalem Abbau hervor. Aber auch die Schweiz: Seit den frühen 1980er Jahren verschwand die Hälfte aller Spitäler, und die Zahl der Betten sank um drei Fünftel. Dies bei wachsender Bevölkerung. Heute gibt es weniger Krankenhäuser als zu Beginn des Ausbaus in den 1960er Jahren. Zu wenig für eine Pandemie wie Corona, wie sich jetzt erweist. Mit Notmassnahmen erfundene System der diagnosebezogenen Vergütung (DRG) bestraft alle Spitäler, die teure Lager an Hilfsmitteln und Medikamenten halten.

Zudem fehlen Pflegefachkräfte. Der Grund dafür sind Geringschätzung, schlechte Löhne und zu viel Stress. Für Neoliberale ist die Finanzindustrie das Mass aller Dinge, nicht aber die Care-Wirtschaft. Schon vor Corona liefen viele Pflegenden auf dem Zahnfleisch. Jetzt erst recht. Auch erweisen sich Schönwetter-Pandemiepläne als Makulatur. Es fehlt an Masken, Desinfektionsmitteln und Beatmungsgeräten. Die Ursache hier: Kluge Vorratshaltung wird gar nicht honoriert. Das von marktgläubigen Beratungskonzernen erfundene System der diagnosebezogenen Vergütung (DRG) bestraft alle Spitäler, die teure Lager an Hilfsmitteln und Medikamenten halten.

BEISPIEL PHARMA

Die Schweizer Pharmaindustrie, sonst als Weltspitze gehätschelt, spielt im Wettlauf um einen

Impfstoff gegen Covid-19 keine Rolle. Weil sie das Impfgeschäft längst verkauft hat. Und lieber auf superteure Krebstherapien setzt, die mehr Profit versprechen. Das einst renommierte Schweizerische Impfinstitut wurde in den 1990er Jahren privatisiert. Eine Zeitlang machte es als Berna Biotech AG zwar gute Geschäfte. Dann aber geriet es 2001 in Spekulantenhände und verschwand. Weil FDP-Gesundheitsminister Pascal Couchepin und SVP-Justizminister Christoph Blocher es nicht retten mochten.

Das nationale Impfinstitut wurde zu Tode privatisiert.

Die dringend gebrauchten Impfstoffe kommen heute alle aus dem Ausland. Hier zeigt sich die Gefährlichkeit dieser Profitwirtschaft. Was die Bevölkerung benötigt, ist weniger wichtig als Gewinne, Boni und Dividenden.

BEISPIEL ICH-AG

Seit Jahrzehnten haben neoliberale Ökonomen die Werbetrommel für die Aufweichung von Arbeitsverträgen und für die Ich-AG gerührt: flexibel und selbständig sein und sich selber vermarkten bringe Erfolg. Nun zeigt sich: In der Corona-Krise sind jene Arbeitnehmenden mit guten und gesamtarbeitsvertraglich geschützten Anstellungen am besten geschützt. Zum Beispiel weil sie berechtigt sind, Kurzarbeit zu machen. Wer hingegen auf Abruf mit kleinem Stundenpensum arbeitet, lebt jetzt in Unsicherheit. Genauso wie viele Selbständige und Scheinselbständige wegen des Lockdowns und fehlender Aufträge nun vor dem Aus stehen. Um sie muss sich der Staat mit Hilfsprogrammen kümmern. Auch kleine Firmen hängen mit Notkrediten, an denen die Banken noch verdienen, am Staatstropf. Aber auch diese Hilfe soll bald schon wieder gekappt werden: Laut FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter sind nach dem Fristenstillstand jetzt wieder Betreibungen möglich. Die Zahlungsmoral müsse auch in der Krise aufrechterhalten werden, sagt die Justizministerin ohne Wimpernzucken. Das kommt sozusagen einem Aufruf zum Massenkonkurs gleich.

BEISPIEL ARBEITSGESETZ

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist geradezu ein Nest von Marktgläubigen. Nur zähneknirschend machte man beim Rettungsprogramm für die Wirtschaft mit. Und verordnete gleichzeitig zusätzliche Deregulierungen im Arbeitsgesetz. Am meisten ist das Spitalpersonal betroffen. Aber auch Chauffeure müssen jetzt in der Krise bis 56 Stunden hinter dem Steuer sitzen statt wie bisher «nur» 45.

Dieser Abbau von Regulierungen per Corona-Notrecht ist fatal, weil der Tieflohnbereich ohnehin wächst. 2018 gab es gemäss der neuesten Lohnstrukturerhebung 353 000 Stellen mit tiefen und tiefsten Löhnen, von denen kaum jemand leben kann. Fast zwei Drittel davon entfallen auf Frauen. Und ausgerechnet sie führen uns nun mit ihrer Arbeit durch die Krise: als Verkäuferinnen, Reinigungskassierinnen usw.

Die Seco-Markt-radikalen machen munter weiter.

Schlecht dran sind ausserdem alle Schwarzarbeitenden. Da sie nirgends registriert sind und keine Abgaben zahlen, können sie jetzt auch nicht auf staatliche Hilfe zählen. Das zeigt sich in Italien besonders krass. Nach Schätzungen macht Schwarzarbeit dort etwa 30 Prozent des Brutto-sozialprodukts aus. So kommt es, dass in Sizilien Schwarzarbeitende bereits Supermärkte plündern. Weil sie wegen des Lockdowns Hunger haben und kein Geld.

NEOLIBERALISMUS ADE?

Ist das am wenigsten zu betauernde Opfer der Corona-Pandemie also der Neoliberalismus? Selbst die deutsche «Handelszeitung», sozusagen das Hausblatt des Kapitals, erblickt jetzt das «Ende der neoliberalen Weltordnung». Viele Menschen sähen in der liberalen Ellenbogengesellschaft keine Zukunft mehr, so die Zeitung. Zeit also für eine Revolution, wie sie der US-Ökonom und Publizist Joseph Stiglitz ausruft? Wo bei er damit weniger einen Umsturz als eine soziale Marktwirtschaft meint (siehe Spalte rechts).

Kapitalismuskritik: Stiglitz schlägt zu

In seinem neusten Buch will US-Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz den Kapitalismus retten. Vor sich selbst.

RALPH HUG

Joseph Stiglitz (77) ist überzeugt, dass sich der entfesselte Kapitalismus langsam selber auffrisst. Vor Augen hat der preisgekrönte Ökonom Donald Trumps USA. Und da wird ihm schwindlig. Nicht nur, weil Trump ein notorischer Lügner ist. Sondern, weil dieser mit seiner Politik ausschliesslich den Eliten diene. Diese kontrollierten einen immer grösseren Teil der Wirtschaft und würden immer reicher. Er nennt die drei reichsten Amerikaner Jeff Bezos (Amazon), Bill Gates (Microsoft) und Warren Buffett (Berkshire Hathaway). Zusammengekommen übersteigt ihr Einkommen das



KAPITALISMUS-RETTER: Joseph Stiglitz will flicken, nicht überwinden. FOTO: KEYSTONE

der unteren 50 Prozent der US-Bevölkerung. Stiglitz in seinem neusten Buch «Der Preis des Profits»: «Dagegen können 40 Prozent der Amerikaner keine 400 Dollar für Notfälle wie die ärztliche Behandlung eines Kindes oder die Reparatur eines Autos ausgeben.»

GRÜNE JOBS...

Schuld an dieser Kluft ist die neoliberale Doktrin. Also der irrationale Glaube, der Markt werde es schon richten. Dabei sei es der Markt gewesen, der die tiefe soziale Spaltung, aber auch die Finanz- und die Klimakrise hervorgebracht habe, analysiert Stiglitz. Und er prophezeit: «Der Markt allein wird keine dieser drei Krisen bewältigen.» Nur der Staat könne einen verbindlichen Rahmen setzen. Deshalb

Trump-Kritiker Stiglitz fordert soziale Marktwirtschaft.

brauche es ein neues Gleichgewicht zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Stiglitz will also nicht den Kapitalismus abschaffen, sondern ihn vor den eigenen Auswüchsen retten. Er will einen «progressiven Kapitalismus», wie er es nennt.

...AUSGEBAUTES SOZIALSYSTEM

Auf europäische Verhältnisse übertragen, fordert Stiglitz im Grunde eine soziale Marktwirtschaft, die ökologisch ausgerichtet ist. Keine neue Agenda. Was er an Reformen vorschlägt, ist in Europa teils Tatsache, teils in Diskussion: nachhaltiges Wirtschaften, ein ausgebautes Sozialsystem, Beschäftigung für alle, grüne Jobs, mehr soziale Gerechtigkeit. Die Antwort, wie solche Fortschritte machtpolitisch erzielt werden sollen, bleibt Stiglitz weitgehend schuldig. Und auch die Antwort auf die Frage, ob ein kapitalistisch organisiertes System zu solchen Reformen überhaupt fähig sei. Oder ob es nicht einen «system change» brauche, wie ihn die Linke und die Klimabewegung verlangen. Trotzdem: Kritische Autoren wie er sind der Stachel im Fleisch der USA.



Joseph Stiglitz: **Der Preis des Profits.** Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten! Siedler-Verlag, ca. CHF 34.–

Frauen-Geschichte Rettet das Archiv!

Das Gosteli-Archiv sammelt die Geschichte der Frauen in der Schweiz. Weil sie von der offiziellen Geschichtsschreibung lange ausgeschlossen wurde. Jetzt droht dem Archiv das Aus.

PATRICIA D'INCAU

Dreissig Jahre lang kämpfte die Frauenrechtlerin Marthe Gosteli († 7. April 2017) für das Frauenstimmrecht. Und später darum, dass dieser Kampf der Frauen nicht vergessen geht. Deshalb gründete sie 1982 in Worblaufen BE ein Frauenarchiv, sammelte Dokumente der Stimmrechtsbewegung, von Frauenorganisationen und Pionierinnen aus dem ganzen Land – und sicherte da-



mit ein Stück Geschichte, das sonst nirgends zu finden ist. Doch das Archiv ist in Gefahr.

EIN MÄNNERSTAAT

Das Geld aus dem Gosteli-Erbe ist bald aufgebraucht. Denn obwohl das Archiv einen wichtigen Dienst für «Wissenschaft, Öffentlichkeit und Bildung» leistet, wie Archivleiterin Silvia Bühler sagt, flossen von Bund und Kanton nie regelmässige Beiträge. Und passiert das auch weiterhin nicht, muss das Archiv spätestens 2022 schliessen. Ausgerechnet ein Jahr nachdem die Schweizerinnen 50 Jahre Frauenstimmrecht gefeiert haben werden. Um das zu verhindern, haben fünf Forscherinnen eine Petition gestartet (www.rebrand.ly/gosteli-petition). Sie fordern vom Bund, «die Finanzierung und Weiterentwicklung des Archivs sicherzustellen». Und explizit: den Standort in Gostelis Haus in Worblaufen zu erhalten. Jüngst hatte der Bund nämlich die Idee, die Gosteli-Bestände ins Bundesarchiv überzuführen. Das lehnt die Gosteli-Stiftung ab. Schliesslich war die Schweiz bis 1971 ein reiner Männerstaat. Die Frauen waren von der Macht ausgeschlossen. Das Gosteli-Archiv – untergebracht fernab der Bundesbestände – erinnert bis heute an diesen Skandal.

EINE ODYSSEE

Umso mehr freut sich Archivleiterin Bühler über die jetzt lancierte Petition: «Wir sind überwältigt», sagt sie. Und die Zuversicht wächst, dass sich der Bund jetzt bewegt. Dort heisst es, dass eine direkte finanzielle Unterstützung zwar nicht möglich sei, weil das Archiv nicht unter das Kulturförderungsgesetz falle. Aber es gibt noch eine andere Möglichkeit: das Gesetz zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (FIFG). Letzten Juni hat das Gosteli-Archiv ein entsprechendes Gesuch eingereicht. Jetzt berät der Schweizer Wissenschaftsrat darüber. Danach das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), im Herbst das Parlament und im Winter schliesslich das Wirtschaftsdepartement unter SVP-Bundesrat Guy Parmelin. Eine wahre Odyssee also. Doch das ist für die Frauen in der Schweiz ja nichts Neues.

Das erste Buch über den zweiten Frauenstreik

Das lief hinter den Kulissen

Der Frauenstreik am vergangenen 14. Juni war fulminant. Doch wie kam es dazu? Und was kam danach? Ein neues Buch gibt erste Antworten.

PATRICIA D'INCAU

Hunderttausende Frauen strömten am 14. Juni 2019 auf Strassen und Plätze, protestierten mit Kreativität und unbändiger Macht. Für mehr Zeit, Geld und Respekt. Hinreissend, mitreisend, besser als ein Traum.

DER ZÜNDEnde MOMENT

Jetzt, rund elf Monate später und pünktlich zum 1. Mai, erscheint eine erste Frauenstreik-Dokumentation. Herausgegeben vom Verlag der sozialistischen Zeitung «Vorwärts».

Das Buch folgt den Spuren des zweiten Frauenstreiks, von seinen Anfängen bis zum 14. Juni und darüber hinaus. Es ist ein Blick hinter die Kulissen. Eine Zeitreise durch einen monatelangen Entstehungsprozess, in dem die unterschiedlichsten Frauen in den Streikkomitees nicht nur aufeinandertrafen. Sondern auch zueinanderfanden. Weil sie es schafften, «trotz den vorhandenen Unterschieden das Gemeinsame ins Zentrum zu rücken», wie Mitautorin Rita Maiorano im Vorwort schreibt. Dieser gemeinsame Wille war der Schlüssel zum Frauenstreik. Die gemeinsame Wut war der Zünder.

Und diese Wut ist gross, als im Januar 2018 zum ersten Mal wieder das

Die gemeinsame Wut der Frauen war der Zünder.

des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Die Teilnehmerinnen sind hässig. Das Parlament hat dem neuen Gleichstellungsgesetz jeden Zahn gezogen. Die Durchsetzung der Lohngleichheit einmal mehr verhindert. Die Gewerkschafterinnen beschliessen, «für die Respektierung des Verfassungsgesetzes zu kämpfen», notiert «Vorwärts»-Redaktorin Sabine Hunziker dazu.



WORKTIPP

FRAUEN IM FOKUS: DAS NEUE WIDERSPRUCH-HEFT

Noch mehr Lesestoff zum Frauenstreik gibt's im neuen «Widerspruch». Das Heft vertieft die Hintergründe der aktuellen Frauenbewegung, reflektiert Erfahrungen vom vergangenen 14. Juni und fragt: «Wohin geht es?». Mit Beiträgen von über fünfzig Autorinnen und Autoren. Zum Beispiel Unia-Frau Anne Rubin über die gewerkschaftliche Organisation im Detailhandel. Dazu: eine Extraeinlage über feministische Klassikerinnen früher und heute. Der «Widerspruch» kostet 25 Franken und kann bestellt werden unter: www.widerspruch.ch.

FOTOBAND. Noch mehr in Buchform gibt es am 14. Juni. Dann erscheint der Fotoband «WIR». Eine Sammlung von Frauenstreik-Bildern, die von Fotografinnen in der ganzen Schweiz aufgenommen wurden. Ins Leben gerufen hat das Projekt unter anderem die Berner Fotografin Yoshiko Kusano (work berichtete: www.rebrand.ly/darumstreikensie). (pdi)

STREIKEN, ABER WIE?

Und dann, im Frühsommer, beschliessen die Frauen in der Westschweiz tatsächlich den Streik. Die Deutschschweizerinnen horchen auf. Und als Ende September das erste nationale Frauenstreik-Treffen in Zürich stattfindet, gibt es schon in allen Landesteilen (partei)unabhängige Komitees.

LOHN. ZEIT. RESPEKT. Am 14. Juni 2019 waren mehr als eine halbe Million Frauen und solidarische Männer auf der Strasse. Der Kampf geht weiter. FOTO: FRESHFOCUS

Vor allem zwei Fragen beschäftigen die Streikfrauen in dieser Phase. «Wie streiken wir?» lautet die erste. Denn mittlerweile ist klar: Der Frauenstreik ist kein «klassischer» Streik. Weil es neben niedrigen Frauenlöhnen und Renten auch um die unbezahlte Care-Arbeit geht, die vor allem Frauen schultern. Und um sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen. Also werden kreative, unkomplizierte Streikformen erdacht.

DER STREIK HALT NACH

Am 1. Dezember beschliesst der SGB-Kongress offiziell, zum Frauenstreik aufzurufen. «Stellen wir eine Hauptforderung?» lautet die zweite Frage. Die Frauen entscheiden sich dagegen. Alle Anliegen sollen Platz haben, keines über den anderen stehen.

Über eine halbe Million Menschen bringen am 14. Juni die Schweiz zum Beben. Es ist der Höhepunkt der Frauenmobilisierung. Aber nicht das Ende. Als SP-Bundesrat Alain Berset am 1. August in Yverdon-les-Bains ans Rednerpult tritt, ist da ein lautes Schweigen. Die Frauen im Publikum stellen sich gegen Betsers Plan, das Frauenrentenalter zu erhöhen. «Da

zieht eine kleine Wolke vorbei...», soll Berset über den Frauenprotest gesagt haben. «Vorwärts»-Redaktorin Hunziker scheidt: «Auch kleine Wolken können sich zu einem grossen Gewitter zusammenschlagen.»

Am 20. Oktober donnert es dann, und zwar gewaltig: Bei den eidgenössischen Wahlen erobert die Frauen 42 Prozent aller Sitze im Nationalrat. 10 Prozent mehr als bisher, so viele wie noch nie. Und immer wieder organisieren Frauen Strassenaktionen: gegen Morde an Frauen, Lohndiskriminierung, Gratisarbeit und Gewalt.

Am 14. Dezember knallen die Korke. Sechs Monate sind seit dem fulminanten Streiktag vergangen. In Grenchen SO treffen sich rund 80 Frauen aus zwölf Regionen, um neue Pläne zu schmieden. Damit endet der chronistische Teil des Frauenstreikbuchs.

Doch die Geschichte wird weitergeschrieben.

«Streikfrauen des Vorwärts»: **Frauen*streik 2019 – das Buch.** Mit gesammelten Berichten, Streikmanifesten und Plakaten. Verlags-genossenschaft «Vorwärts», Zürich 2020, 258 Seiten, CHF 35.–. Bestellung über: www.vorwaerts.ch.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart



KURZARBEIT: GROSSE PROBLEME FÜR GERINGVERDIENENDE

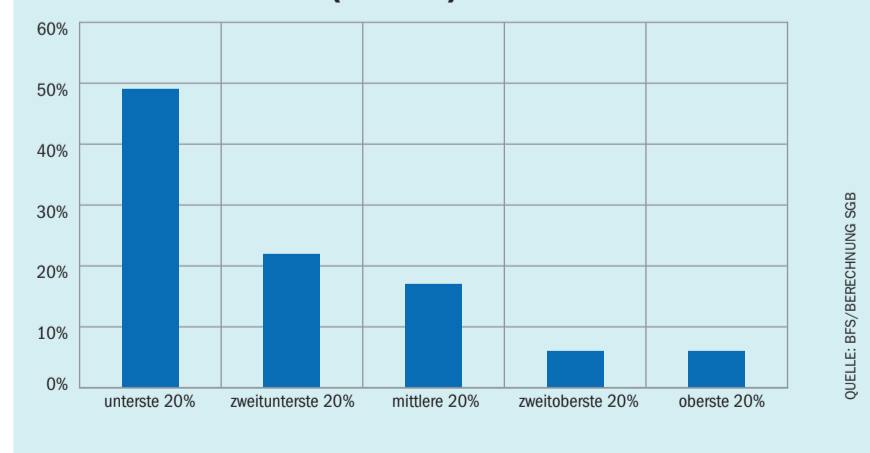
Zuerst das Positive: Um Entlassungen und Lohnneinbussen zu verhindern, hat der Bundesrat in der Corona-Krise eine «Lohngarantie» versprochen. Damit hat er die Forderungen der Gewerkschaften zu einem grossen Teil übernommen. Er hat die Kurzarbeit ausgedehnt und einen Elternurlaub eingeführt. Dank diesen Massnahmen gab es viel weniger Entlassungen oder Konkurse. Die Zahl der Arbeitnehmenden mit Kurzarbeit schoss auf ein Allzeithoch von über 1,5 Millionen. Am stärksten betroffen ist das Gastgewerbe, wo drei von vier Angestellten auf Kurzarbeit sind. Aber auch im Kultur- und Eventbereich oder im Detailhandel sind ungefähr die Hälfte der Berufstätigen in Kurzarbeit.

LOHNEINBRUCH. Das Problem ist aber, dass die Kurzarbeit nicht den ganzen Lohn ersetzt, sondern nur 80 Prozent. Wobei die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge weiterhin auf den vollen Lohn bezahlen müssen. Die Lohnneinbusse von 20 Prozent ist für viele Personen finanziell nur schwer zu

verkräften. Vor allem wenn der Lohn schon in normalen Zeiten tief ist. Das ist im Moment genau das Problem. Wer im Gastgewerbe arbeitet, verdient im Mittel rund 4100 Franken im Monat (Vollzeitstelle). Wenn nun im April oder Mai 20 Prozent wegfallen, bleibt noch ein Lohn von rund 3300 Franken! Eine erste Auswertung mit Daten aus der Arbeitslosenversicherung zeigt, wie ernst dieses Problem ist.

UNTEN FEHLT ES. Berufstätige mit tiefen Löhnen sind besonders häufig in Kurzarbeit. Rund die Hälfte der Kurzarbeitenden arbeiten nämlich in den Branchen mit den tiefsten Löhnen. Das zeigt die Grafik rechts («unterste 20 Prozent»: 20 Prozent der Branchen mit den tiefsten Löhnen). In den Branchen mit den höchsten Löhnen gibt es hingegen kaum Kurzarbeit. Das zeigt auch der Gewerkschaftsalltag. Es melden sich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Mühe haben, mit dem Lohn über die Runden zu kommen. Dabei ist der Erhalt der

Verteilung der Kurzarbeit nach Lohnhöhe in den Branchen (Anteile)



Kaufkraft gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Für die Angestellten mit unteren Einkommen, die mit den Problemen der Kinderbetreuung, der Unsicherheit beim Arbeitsplatz und der Gesundheit der nahestehenden Personen schon genug Sorgen haben. Aber auch

für die Konjunktur in der Schweiz. Der SGB fordert deshalb, dass Berufstätige mit unteren Löhnen bei Kurzarbeit 100 Prozent Lohnersatz erhalten müssen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

Was, wo, wie, wann läuft am ersten digitalen Tag der Arbeit

1. Mai: Viral, aber ohne Virus



Das gab es noch nie! Der Tag der Arbeit live am Bildschirm. Wegen Corona geht der Gewerkschaftsbund jetzt online. Und den traditionellen 1.-Mai-Bändel gibt es jetzt ebenfalls digital.

PATRICIA D'INCAU

2019 war «das Jahr der Strassenproteste», schreibt die britische Wirtschaftszeitung «Financial Times». Ein weltweit «historischer Höhepunkt» der politischen Massenbewegungen sei das Jahr gewesen, analysieren auch andere. Und dann kam Corona und verbannte die Menschen von der Strasse. War's das jetzt also mit dem politischen Ungehorsam?

Sicher nicht! Schliesslich gibt's auch online findige Methoden, um den Mächtigen in die fetten Waden zu beissen. Und das ist dringend nötig in Zeiten von Corona: denn von den USA bis Bangladesch stellen Firmen jetzt Angestellte einfach vor die Tür. In der Schweiz sogar trotz Notkrediten und Kurzarbeit.

12 STUNDEN NONSTOP

«Jetzt erst recht!» finden da die Gewerkschaften. Und sorgen dafür, dass 2020 nicht als das erste Jahr ohne 1. Mai in die Geschichte eingeht. Sondern als das Jahr mit dem ersten digitalen Kampftag.

12 Stunden lang dreht sich im Netz alles um die aktuell brennendsten Themen wie Lohn, Gesundheitsschutz, Kinderbetreuung, Krisenbewältigung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) bündelt Beiträge aus allen Regionen zum schweizweit ersten «Gewerkschafts-TV».

Gesendet wird über die zentrale Plattform www.mai2020.ch. Auf dem Programm: Podiumsdiskussionen über «Linke Antworten auf die Krise» und Gleichstellung, Live-Gespräche über Tieflohne und immer höhere Lebenskosten, über prekäre Arbeitsbedingungen von «Freien» in der Medienbranche, über Lohndruck und Stress in den Betreuungsberufen, die Situation von Geflüchteten in Griechenland und und und (siehe Spalte rechts). Dazu: der Appell «Solidarisch aus der Krise» zum digital Unterschreiben und Wei-

terverbreiten. Und Dutzende 1.Mai-Video-Botschaften aus der ganzen Schweiz.

Ab 13 Uhr sendet der SGB die 1.-Mai-Kundgebung live aus dem Studio im Zürcher Volkshaus: traditionell und doch mal anders. Mit Stimmen aus den Betrieben, Studiomoderation und Zuschaltung prominenter Köpfe aus dem In- und Ausland. Darunter Unia-Chefin Vania Alleva, SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard, Grünen-Chefin Regula Rytz, der deutsche «Linke»-Urvater Gregor Gysi und der SPD-Vizevorsitzende Kevin Kühnert.

Traditionell, aber anders ist schliesslich auch der 1.-Mai-Bändel. Den gibt es dieses Jahr als Profilbanner für Facebook, als Mail-signatur – und als Plakat für den Balkon (alles unter: www.mai2020.ch). Und wer trotz allem nicht auf den Stoffbändel verzichten möchte: Das Zürcher 1.-Mai-Komitee hat einen Vorrat. Bestellbar unter: www.1mai.ch (Richtpreis: 4 Franken).

VIRTUELLE DEMOS

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass der Gewerkschaftsbund neue (Online-)Wege geht: Schon beim letztjährigen Frauenstreik stampfte er zusammen mit Radioprofis ein exklusives Online-radio aus dem Boden. So war Frau von überall und rund um die Uhr am grossen Streik dabei.

Und a propos Frauen: Auch die Frauenstreikkomitees haben in diesen Corona-Zeiten ihre Arbeit ins Internet verlegt. Die Bernerinnen luden schon in der Woche vor dem 1. Mai zu Online-Diskussionen. Über den Anstieg häuslicher Gewalt wegen Corona, über Care-Arbeit und das nationale feministische Konjunkturprogramm. Und per Whatsapp riefen Aktivistinnen gerade zum Mail-Protest gegen den Stämpfli-Verlag. Dort erscheint bald der juristische Kommentar zum neuen Gleichstellungsgesetz. Zu den Herausgebern kürte der Verlag nicht nur drei Männer und keine einzige Frau. Sondern mit Boris Etter auch noch ausgerechnet den früheren Veleger des Männermagazins «Maxim». Der Protest hatte Erfolg: Stämpfli hat Etter gespickt.

Und nicht nur die lila Welle rollt virtuell weiter. Sondern auch die grüne: Am 24. April fand der weltweite Klimastreik erstmals online statt. Unter den Hashtags #climatestrikeonline und #DigitalStrike fluteten die Jugendlichen Facebook, Instagram & Co. mit Protest-Selfies. Und trafen sich beim 24stündigen Online-Happening zum Schilder-Basteln, Filmschauen und Wirt-

TV-Tipp: Der 1. Mai historisch

130 Jahre in 46 Sekunden: Das SGB-Video zum 1. Mai rollt den «Tag der Arbeit» von 1890 bis heute mit historischem Bildmaterial und schwindelerregendem Zeitraffer auf: rebrand.ly/zeitraffer.

DIE GROSSE DOKU. Den passenden Stoff für den 1. Mai daheim liefert der Dok-Film «Nicht länger nichts» auf Arte. Er erzählt die ganze «Geschichte der Arbeiterbewegung» in vier Teilen. Abendfüllend und gratis abrufbar auf: rebrand.ly/arbeiterbewegung. (pdi)

schaffungswachstums-Seminar. Digital marschiert ist auch schon der «March against Syngenta & Bayer». Am 25. April haben rund 3000 Aktivistinnen und Aktivistinnen den Agrar- und Chemiemultis Syngenta, Bayer und BASF in Basel ihren traditionellen Frühlingsbesuch abgestattet. Und zwar virtuell, über Google Maps.

Der widerständige Geist hält sich fit für die Zeit danach.

Und der nächste Onlineprotest folgt dem 1. Mai auf dem Fusse: Am 3. Mai steht eine schweizweite Netz-Demo «für einen solidarischen und nachhaltigen Wiederaufbau» auf dem Programm. Die Forderung: Ein Corona-Konjunkturprogramm, das nicht nur sozial gerecht, sondern auch klimafreundlich ist. Organisiert wird die Demo von Greenpeace, Versammlungsort ist die Videokonferenz-Plattform Zoom. Aber dort soll die Demo nicht bleiben: «Nach Einbruch der Dunkelheit werden wir sie gut sichtbar, an einem öffentlichen Ort, spektakulär plazieren», heisst es dazu.

Mag der kleine Corona-Virus also auch noch so hartnäckig sein: der widerständige Geist ist es auch. Und der hält sich jetzt fit für die Zeit danach.

Mag der kleine Corona-Virus also auch noch so hartnäckig sein: der widerständige Geist ist es auch. Und der hält sich jetzt fit für die Zeit danach.

Das Programm

● «Linke Antworten auf die Krise»

Die Unia lädt Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und linken Parteien zur Diskussion über linke Strategien und Auswege in der Corona-Krise. Wie kann sichergestellt werden, dass nicht die Arbeitenden für die Krise bezahlen? Wie schützen wir unsere Gesundheit am Arbeitsplatz? Wie forcieren wir jetzt den ökosozialen Umbau der Wirtschaft?

Mit Vania Alleva (Präsidentin Unia),



Tamara Funicello (Nationalrätin SP, Foto), Enrico Borelli (Regio-Sekretär Unia Zürich-Schaffhausen), Franziska Ryser (Nationalrätin Grüne). Moderation: Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work.

● Unia-Podium: «Corona und die Frauen. Weil Applaus nicht reicht»

Die Corona-Krise trifft Frauen besonders stark. Im Verkauf, in der Pflege und in anderen essentiellen Berufen arbeiten vorwiegend weibliche Angestellte. Und allen voran übernehmen Frauen die zusätzliche Betreuungsarbeit. Gute Gründe, um zu fragen: Wie beeinflusst die aktuelle Situation die Frauen in der Arbeitswelt? Und: Welche Lösungsansätze gibt es, um die (absehbare) Wirtschaftskrise abzufedern?

Mit Lisa Mazzone (Nationalrätin Grüne), Tabea Rai, (Gewerkschaftssekretärin Unia), Aude Spang (Unia-Frauensekretärin), Emine Sariaslan (Sozialarbeiterin).

Moderation: Leena Schmitter (Mediensprecherin Unia).

● Balkonaktion: Lärm für unsere Löhne

Mit Trommeln, Kochtöpfen und allem, was Krach macht, an die Fenster und auf die Balkone treten und für fünf Minuten lautstark daran erinnern, dass dieser Tag den Arbeitenden gehört.

● Livestream: 1.-Mai-Kundgebung

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sendet live aus dem Studio im Zürcher Volkshaus. Mit Stimmen von Gewerkschafts-



mitgliedern und Zuschaltung prominenter Köpfe wie: **Gregor Gysi** (ehem. Die Linke), Kevin Kühnert (Vizevorsitzender SPD), Patti Basler (Kabarettistin), Regula Rytz (Präsidentin Grüne), Vania Alleva (Präsidentin Unia), Pierre-Yves Maillard (Präsident SGB). Moderation: Natascha Wey (VPOD) und David Roth (Syndicom).

● «Ein Lohn zum Leben»

Der Tieflohnsektor wird auch in der Schweiz immer grösser. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten. Für viele wird das Leben in der Stadt Zürich unerschwinglich. Das darf nicht sein. Wer arbeitet, soll davon leben können.



Live-Gespräch mit Markus Bishoff (GBKZ, Kantonsrat AL), **Natascha Wey** (VPOD, Gemeinderätin SP), Philipp Nussbaumer (Geschäftsleiter Streetchurch).

● «Flüchtlingslage in Griechenland»

Gespräch mit Liska Bernet (Gründerin Hilfswerk «Glocal Roots») und Rahel Schmucki (Journalistin). Abrufbar auf der Website und der Facebook-Seite der SP Stadt Zürich.

● «Velo- und Foodkurriere in der Schweiz – gewerkschaftliche Perspektive auf eine boomende Branche»

Gespräch mit David Roth (Zentralsekretär Syndicom), Gilles Rosse (Co-Präsident Branchenvorstand Kurriere). Moderation: Lena Allenspach (stv. Leiterin Kommunikation Syndicom).

● «Wirtschaft in Zeiten von Corona»

Ein Gespräch zwischen Jacqueline Badran (Nationalrätin SP) und David Gallusser (Geschäftsleitung SP Stadt Zürich). Abrufbar auf der Website und der Facebook-Seite der SP Stadt Zürich.

Alle Infos und das ganze Programm gibt es unter: www.mai2020.ch



Stelle verloren? So funktioniert die Arbeitslosenversicherung.

Arbeitslos: Wie Sie zu Ihrem Taggeld kommen

Seit März 2020 steigt die Arbeitslosenquote. Wer um seine Stelle bangt oder den blauen Brief erhalten hat, findet hier den Einstieg ins Regelwerk der Arbeitslosenversicherung.



WORKTIPP

ALV VON A BIS Z

Die Broschüre «Willkommen bei der Unia-Arbeitslosenkasse» gibt Ihnen eine kompakte Einführung in die Regeln der Arbeitslosenversicherung (ALV), die Berechnung der Arbeitslosenentschädigung, über Fristen und Pflichten, zum Beispiel bei Krankheit und Unfall. rebrand.ly/uniabroschuere

bestehen, entstehen bei der Erstanmeldung Wartetage zwischen 0 und 20 Tagen. Bei einem versicherten Lohn von 5500 Franken und bestehenden Unterhaltspflichten beträgt die Wartefrist zum Beispiel 5 Tage. Falls Sie die letzte Stelle selbst gekündigt haben, können Ihnen zusätzlich sogenannte Einstelltag auferlegt werden.

► **Auf der Website der Unia-Arbeitslosenkasse können Sie eine Berechnung anstellen, wie hoch in etwa Ihr Taggeld sein wird: www.ohne-arbeit.ch/arbeitslosengeldrechner**

DIE DAUER DES BEZUGS
Innert der zweijährigen Rahmenfrist für den Leistungsbezug hängt die maximale mögliche Anzahl Taggeldbezüge davon ab, wie alt Sie sind, ob Sie Unterhaltspflichten gegenüber Kindern haben, ob Sie

bestehen, entstehen bei der Erstanmeldung Wartetage zwischen 0 und 20 Tagen. Bei einem versicherten Lohn von 5500 Franken und bestehenden Unterhaltspflichten beträgt die Wartefrist zum Beispiel 5 Tage. Falls Sie die letzte Stelle selbst gekündigt haben, können Ihnen zusätzlich sogenannte Einstelltag auferlegt werden.

► **Auf der Website der Unia-Arbeitslosenkasse können Sie eine Berechnung anstellen, wie hoch in etwa Ihr Taggeld sein wird: www.ohne-arbeit.ch/arbeitslosengeldrechner**

IHRE PFLICHTEN
Mit dem Bezug von Arbeitslosenentschädigung gehen Sie verschiedene Verpflichtungen ein. Die wichtigsten:

- Informationspflicht: Sie müssen Ihre Arbeitslosenkasse über alle Ereignisse informieren, die den Taggeldbezug beeinflussen können. Also zum Beispiel über Erkrankung und Unfall, Erzielung eines Zwischenverdienstes, Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit, neue Stelle.

INSOLVENZ-ENTSCHEIDIGUNG WENN DER LOHN AUSBLEIBT
Der Lockdown bringt viele Firmen in Zahlungsschwierigkeiten oder zwingt sie gar in den Konkurs. Die Gefahr steigt, dass Löhne verspätet oder gar nicht mehr ausgezahlt werden. Müssen Sie bei Ihrem Arbeitgeber auch schon aufs Geld warten? Befürchten Sie, dass er Konkurs anmelden wird? Um Angestellte in solchen Fällen gegen einen totalen Lohnausfall zu schützen, richtet die Arbeitslosenversicherung eine Insolvenzenschädigung aus. Sie deckt Lohnforderungen von maximal vier Monaten für geleistete Arbeit vor dem Insolvenzereignis. Um Ihren Anspruch darauf geltend zu machen, müssen Sie aber aktiv werden.

MAHNUNG. Machen Sie noch während des laufenden Arbeitsverhältnisses und rasch nach dem Ausbleiben der Lohnzahlung Ihre Forderungen gegenüber der Firma mit einer schriftlichen, eingeschriebenen Mahnung geltend. Bleibt die Mahnung fruchtlos, muss die Betreuung eingeleitet werden. Auch Gesuche um Insolvenzenschädigung und Arbeitslosenentschädigung sind einzureichen. Melden Sie sich deshalb beim nächsten Standort der Unia-Arbeitslosenkasse. Deren Fachpersonen kennen die Formvorschriften und Fristen und werden Sie beraten. Ausserdem kann die Unia für die Interessen der gesamten Belegschaft der Firma eintreten (Ihre Kolleginnen und Kollegen sind ja wahrscheinlich ebenso betroffen) und wird sie auf dem Weg zur Sicherung ihrer Ansprüche begleiten. (jk)

Broschüre des Seco über die Insolvenzenschädigung: rebrand.ly/insolvenz

MAHNUNG. Machen Sie noch während des laufenden Arbeitsverhältnisses und rasch nach dem Ausbleiben der Lohnzahlung Ihre Forderungen gegenüber der Firma mit einer schriftlichen, eingeschriebenen Mahnung geltend. Bleibt die Mahnung fruchtlos, muss die Betreuung eingeleitet werden. Auch Gesuche um Insolvenzenschädigung und Arbeitslosenentschädigung sind einzureichen. Melden Sie sich deshalb beim nächsten Standort der Unia-Arbeitslosenkasse. Deren Fachpersonen kennen die Formvorschriften und Fristen und werden Sie beraten. Ausserdem kann die Unia für die Interessen der gesamten Belegschaft der Firma eintreten (Ihre Kolleginnen und Kollegen sind ja wahrscheinlich ebenso betroffen) und wird sie auf dem Weg zur Sicherung ihrer Ansprüche begleiten. (jk)

GRATIS: Bei Spotify, Youtube Music und Deezer können Sie Musik auch ohne kostenpflichtiges Abo streamen. Nachteil: Zwischen den Songs läuft Werbung. Hören: Streamingmusik können Sie auf dem Handy oder dem Computer laufen lassen. Per Kabel, Bluetooth oder WLAN können Sie die Musik auch auf die Stereoanlage senden (saldo.ch/musikstreaming). Auf PC und Mac müssen Sie für Spotify (spotify.com) und Deezer (deezer.com) zuerst ein Programm installieren. Apple Music funktioniert über iTunes. Youtube Music läuft im Browser unter music.youtube.com. Für Handys gibt es entsprechende Apps in den App-Stores. **DER NACHTEIL:** Gestreamte Musik können Sie hören und herunterladen, jedoch nicht auf andere Geräte kopieren. Wenn Sie Ihr Streaming-Abo bei einer Plattform kündigen, verlieren Sie die heruntergeladenen Titel. (MARC MAIR-NOACK)

Kurzarbeit: Muss ich zuerst Überstunden abbauen?

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde mein Betrieb vorübergehend geschlossen und für alle Mitarbeitenden Kurzarbeit eingeführt. Nun hat mir die Chefin mitgeteilt, dass ich zuerst meine Überstunden kompensieren müsse und erst danach Kurzarbeitsentschädigung erhalte. Ich fühle mich ungerecht behandelt gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die keine Überstunden geleistet haben. Kann ich mich wehren, damit ich auch direkt Kurzarbeitsentschädigung erhalte, ohne zuerst die Überstunden zu kompensieren?

MIRJAM BRUNNER: Ja, in der aktuellen Situation können Sie das. Ihr Betrieb bezieht sich auf die übliche



KURZARBEIT: In Corona-Zeiten erhalten Sie die Entschädigung, ohne Überzeit abzubauen. FOTO: ISTOCK

Regelung für Kurzarbeit. Dort gilt effektiv, dass zuerst Überstunden abgebaut werden müssen. Wegen der ausserordentlichen Situation aufgrund der Corona-Pandemie können Mitarbeitende aktuell direkt Kurzarbeitsentschädigungen erhalten, ohne dass sie zuerst Überstunden abbauen müssen. Bei Kurzarbeit haben Sie jedoch nur Anspruch auf 80 Prozent des Lohnes, anders als bei Kompensation von Überstunden, wo Sie den vollen Lohn erhalten.

Teenager krank: Muss ich Überstunden kompensieren, um sie zu pflegen?

Meine 13jährige Tochter ist krank. Ich habe mein Chef mitgeteilt, dass ich heute und eventuell auch noch morgen zu Hause bleiben müsse, um sie zu pflegen. Er hat erklärt, dass ich dafür Überstunden kompensieren müsse. Nur zur Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren würde ich Lohnersatz erhalten. Meine Tochter sei alt genug, um alleine zu Hause zu sein. Muss ich wirklich Überstunden kompensieren, um mein krankes Kind pflegen zu können?

MIRJAM BRUNNER: Nein, das müssen Sie nicht. Die Regelung, auf die sich Ihr Chef bezieht, betrifft Kinder, die gesund sind, aber wegen der Schulschliessungen aufgrund der Corona-Pandemie zu Hause bleiben müssen: Eltern mit Kindern unter 12 Jahren, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen müssen, weil die Fremdbetreuung der Kinder nicht mehr gewährleistet ist, haben Anrecht auf eine Erwerbsersatzentschädigung. Eltern von Kindern über 12 Jahren können diesen Anspruch nicht geltend machen. Wenn ihre Tochter jedoch krank ist und Sie ein betreffendes Arztzeugnis haben, ist das ein anderer Fall. Ihr Arbeitgeber bleibt lohnfortzahlungspflichtig, wenn Sie für die Pflege ein paar Tage zu Hause bleiben müssen. Sie müssen sich jedoch bemühen, eine andere Betreuungslösung zu finden, damit Sie möglichst bald wieder arbeiten gehen können.

Coronavirus: Ihre Gesundheit bleibt das Wichtigste Lassen Sie bei Schutzmassnahmen keine Halbheiten zu



IN DER PFLICHT: Ob auf dem Bau, im Laden oder im Büro – die Firmen müssen ihre Mitarbeitenden konsequent schützen. FOTO: ISTOCK

Schritt für Schritt wird der Lockdown gelockert. Die Ansteckungsrisiken steigen. Umso wichtiger, dass Sie Ihre Rechte auf Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einfordern.

Was muss Ihre Firma in jedem Fall zum Schutz Ihrer Gesundheit unternehmen?
Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben einen Massnahmenkatalog formuliert, der für alle Firmen gilt. Er verpflichtet sie zur Sicherstellung der Distanz am Arbeitsplatz und dazu, alle nötigen Einrichtungen bereitzustellen, um die Hygienemassnahmen einhalten zu können. Befolgt Ihre Firma diese Mindestanforderun-

gen? Überprüfen Sie es mit dem «Merkblatt zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – Coronavirus» (rebrand.ly/bagseco). Für Baustellen: rebrand.ly/baustellen. Und: Melden Sie Verstösse! (siehe Text rechts)

Was gilt zusätzlich in Firmen, die Ihre Betriebe wieder für Kundinnen und Kunden öffnen dürfen?
Sie müssen wenn möglich auf Branchen-, sicher aber auf Betriebsebene ein Schutzkonzept nach Vorgaben von BAG und Seco erarbeiten und umsetzen, in dem neben dem Schutz der Angestellten auch jener von Kundinnen und Besuchern eingeschlossen ist. Formulieren Branchenverbände Schutzkonzepte, sind dabei die Sozialpartner anzuhören. Die kantonalen Behörden können Firmen schliessen,

falls kein ausreichendes Schutzkonzept vorliegt oder dieses nicht eingehalten wird.

Wie bin ich geschützt, wenn ich einer Risikogruppe angehöre?
Auf Druck der Gewerkschaften hat der Bundesrat den Schutz von besonders gefährdeten Arbeitnehmenden wieder verstärkt und seinen Fehlentscheid vom 20. März korrigiert. Die Firmen müssen Sie grundsätzlich zu Hause arbeiten lassen. Lohnneinbussen, Zwangsferien oder zwangsweiser Abbau von Überzeit sind verboten. Ist die Präsenz am Arbeitsplatz unabdingbar, muss die Firma Sie besonders gut schützen. Sie können aber die Arbeit im Betrieb ablehnen, wenn Sie die Risiken als zu hoch erachten. Ist die Arbeit zu Hause oder vor Ort

nicht möglich, muss die Firma Sie unter Lohnfortzahlung freistellen. Sie kann Kurzarbeitsentschädigung beantragen.

Was tun, wenn Sie selber Symptome haben?
Bleiben Sie zu Hause! Husten, Halsweh, Fieber, Kurzatmigkeit, Muskelschmerzen sind typische Symptome, bedeuten aber nicht zwingend eine Ansteckung mit Covid-19. Melden Sie sich telefonisch in einer Arztpraxis an, oder bei einer Notfallstation, und melden Sie sich in der Firma krank. Lässt sich eine Erkrankung an Coronavirus nicht ausschliessen, sollten Sie sich in Selbstisolation begeben. Beachten Sie dazu die Anleitung des Bundesamts für Gesundheit (rebrand.ly/selbstisolation),

falls kein ausreichendes Schutzkonzept vorliegt oder dieses nicht eingehalten wird.

Was tun, wenn eine Person in Ihrem nächsten Umfeld positiv getestet wurde?
Erkrankt jemand im gleichen Haushalt oder jemand, mit dem Sie kürzlich intim waren, sind Sie vielleicht ebenfalls infiziert, auch wenn noch keine Symptome spürbar sind. Sie sollten sich in Selbstquarantäne begeben. Besorgen Sie sich eine ärztliche Verordnung, damit Sie ein Taggeld bei der Ausgleichskasse beantragen können (rebrand.ly/quarantaene).

Wie schützen Sie sich privat?
Auch wenn es zunehmend lästig wird, den Empfehlungen in Sachen Abstand, Hygiene und Vermeidung von Kontakten, die nicht zwingend nötig sind, Folge zu leisten: halten Sie sich weiterhin daran. (jk)

SCHUTZMASSNAHMEN MELDEN SIE VERSTÖSSE!
Stellen Sie am Arbeitsplatz ungenügende Schutzmassnahmen fest, können Sie dies der Unia mitteilen. Sie meldet Verstösse anonymisiert den zuständigen kantonalen Behörden. Rufen Sie Ihre Unia-Region an oder nutzen Sie eines der Formulare für Detailhandel, Baustellen, Logistik/Transporte oder Branchen allgemein. rebrand.ly/uniaformulare

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Corona: Durcharbeiten bei Schulausfall?

Ich mache eine Lehre als Elektrikerin. Meine Schule fällt wegen der Massnahmen im Zusammenhang mit Corona aus. Muss ich jetzt 100 Prozent arbeiten?

« Grundsätzlich nein. Die Verbandspartner der Berufsbildung haben sich auf ein einheitliches, nationales Vorgehen geeinigt. Es sieht vor, dass der Unterricht in allen Bereichen der Berufsbildung im Rahmen der Möglichkeiten aufrechtzuhalten ist. Lernende müssen auch Schultag zu Hause oder allenfalls an einem geeigneten Arbeitsplatz im Lehrbetrieb lernen. Die Berufsfachschulen bemühen sich um die Anwendung von digitalen Lernformen. Ausnahmen können bewilligt

werden für Branchen, in denen aufgrund der aktuellen Lage Personalknappheit herrscht (zum Beispiel Gesundheit, Soziales, Detailhandel). Zuständig für solche Ausnahmen sind die kantonalen Ämter für Berufsbildung. Ohne Bewilligung ist der Einsatz von Lernenden an ihrem Schultag nicht erlaubt. Nähere Informationen unter rebrand.ly/coronabba.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an lehre@unia.ch



Aude Spang, Jugendsekretärin.

WORKLESERFOTO



Blütenpracht in Bundesbern

WANN 18. April 2020
WO Bern
WAS Blüten vor dem Bundeshaus in Bern
Eingesandt von Therese Müller, Langenthal BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 9.4.2020

Finden Sie es richtig, die Corona-Massnahmen aufrechtzuerhalten?

EXPERTEN SOLLEN ENTSCHIEDEN
 Exakt solche Fragen beginnen den Hund zu begraben: Da werden Leute etwas gefragt, von dem sie nachweislich keine Ahnung haben. Für mich jedenfalls trifft das zu. Ich bin kein Virologe, kein Immunologe, und Mitglied einer Exekutive bin ich auch nicht. Ich bin kaufmännischer Angestellter und leite das Finanz- und Rechnungswesen in einem KMU. In diesem Sinne lasse ich Ihre Frage reaktionslos an mir vorbeiziehen und halte mich weiterhin an die Vorgaben des Bundesrates. Das tun die Präsidenten der Wirtschaftsverbände, Hans-Ulrich Bigler, Hans Hess und Heinz Karrer, leider nicht. Was die drei Herren vor laufender Kamera (10 vor 10) zum besten geben, ist schlicht ein Witz: Der eine hat Ökonomie studiert, der andere Werkstofftechnik und der dritte gar nichts. Woher also haben die Leute die Kompetenz, Forderungen nach Lockerungen der bundesrätlich verordneten Massnahmen zu stellen? Mit solchen Führungsspitzen wird selbst Monopolyspielen zum Abenteuer!
 DANIEL MEIER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKPOST

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Leere Regale, keine Masken und kein Impfstoff: Scheiss-Kapitalismus!

Corona zeigt überdeutlich: Der Kapitalismus versagt in der Krise vollends. Eine Beweisleistung in zwei Neben- und drei Hauptwidersprüchen.
 Es gibt unter uns Menschen Hungerlöhne und Hungerlöhne. Was eine Gefahr droht, beginnen sie Depots anzuheben. Die Friseurinnen hocken. Bei uns in der Schweiz ist die Nachfrage nach Masken und Desinfektionsmitteln enorm. Die Schweizerische Maschinenbau-Industrie hat nur 740000 Masken pro Tag zu produzieren. Und dies, obwohl die Maskenfabriken in der EU den Markt produziert. Und dies, obwohl die Maskenfabriken in der EU den Markt produziert. Und dies, obwohl die Maskenfabriken in der EU den Markt produziert.
INTERNATIONALE SYSTEMKRISE: In vielen Supermärkten gibt es wegen der Coronavirus-Krise keine 13 Millionen Franken in die Hand zu nehmen. Ein riesiger Teil der Bevölkerung ist in den letzten Tagen in den Supermärkten eingekauft. Die Regale sind leer. Die Masken sind weg. Die Desinfektionsmittel sind weg. Die Pharmakonzerns haben die Preise für Medikamente verdoppelt. Die Pharmakonzerns haben die Preise für Medikamente verdoppelt. Die Pharmakonzerns haben die Preise für Medikamente verdoppelt.



WORK 7 / 9.4.2020: UNSER ALLER KRISEN-KOCH Hoffnungsvoll

In der letzten Ausgabe hat mir die letzte Seite mit dem Bericht von Clemens Studer über unseren Krisen-Koch sehr gefallen! Gut getroffen! Die ruhige, hoffnungsvolle und überzeugende Art von Daniel Koch beeindruckt sicher nicht nur mich. Werde mir diese letzte Seite herausnehmen und aufbewahren!
 ALFRED WINKLER, PER MAIL

WORK 7 / 9.4.2020: «WIR SIND MAXIMUM IN DER HALFTE» Schluss mit Steuerparadies

Es ist sicherlich notwendig, dass von Seiten des Bundes diese Milliarden den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Die Kehrseite: Wer bezahlt schliesslich diese Massnahmen? Es ist zu befürchten, dass demnächst Steuererhöhungen angekündigt werden. Für den Mittelstand und die kleinen Einkommen sind bereits heute die hohen Mieten und die Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlbar, und Steuererhöhungen werden viele Budgets sprengen. Im Aktionärsparadies Schweiz erfordert die Steuergerechtigkeit, dass die Aktionärinnen und Aktionäre in dieser von Arbeitslosigkeit, Stellenverlusten, Firmenkonkursen geprägten Zeit wieder bedeutend mehr Steuern bezahlen. Die Schweiz hat 2008 mit der USR II das Kapitaleinkommensteuerprinzip (KEP) eingeführt. Dies leider ohne Kapitalgewinnsteuer. In allen anderen europäischen Ländern wurde diese festgelegt. Dies hat in der Schweiz zu einer gigantischen Steuerbefreiung der Aktionäre geführt. Das heisst: Wer viel Kapital hat, kann das in Aktiengesellschaften reingeben, rausholen, mit den Aktienverkäufen Gewinne erzielen. Und ist im Privatvermögen total steuerfrei. Ein steuerfreier Kreislauf für das Kapital! Gemäss der Eidg. Steuerverwaltung sind von 2011 bis 2019 über 1000 Milliarden Franken steuerfrei an Aktionäre ausbezahlt worden. Zum Vergleich: Das Schweizerische BIP betrug 2019 rund 700 Milliarden.
 ERWIN ROOS, OSTERMUNDIGEN BE

europäischen Ländern wurde diese festgelegt. Dies hat in der Schweiz zu einer gigantischen Steuerbefreiung der Aktionäre geführt. Das heisst: Wer viel Kapital hat, kann das in Aktiengesellschaften reingeben, rausholen, mit den Aktienverkäufen Gewinne erzielen. Und ist im Privatvermögen total steuerfrei. Ein steuerfreier Kreislauf für das Kapital! Gemäss der Eidg. Steuerverwaltung sind von 2011 bis 2019 über 1000 Milliarden Franken steuerfrei an Aktionäre ausbezahlt worden. Zum Vergleich: Das Schweizerische BIP betrug 2019 rund 700 Milliarden.
 ERWIN ROOS, OSTERMUNDIGEN BE

Wirtschaft vs. Leben

Jetzt werden Stimmen hörbar, die unsere Wirtschaft und nicht die älteren Semester vor Corona retten wollen. So Christoph Blocher in der Wirtschaftspresse. Nein, das kann nicht die Absicht des alten Alt-Bundesrates Blocher sein, schliesslich unterscheidet er sich von Dr. med. Donald Trump. Zwar sind beide kommerziell sehr erfolgreich, verfügen über ein ausgeprägtes politisches Bauchgefühl und glauben an eigene Lösungen ohne wissenschaftliche Experten. Blocher gehört altersmässig mit zur Corona-Risikogruppe. Unsere Wirtschaft wird den Schock bestimmt überleben, aber alle, die jetzt zu früh sterben müssen, können wir nicht aufwecken. Vertrauen in unseren in der Corona-Frage geschickt operierenden, gut beratenen Bundesrat ist angesagt. Jetzt ein parteipolitisches Süppchen zu kochen dürfte sich kaum auszahlen.
 MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

WORK 7 / 9.4.2020: ROSA ZUKUNFT. LEERE REGALE, KEINE MASKEN UND KEIN IMPFSTOFF: SCHEISS-KAPITALISMUS

Forschung für alle!

Rosa Zukunft? Werden wir wohl nie haben, dafür ist der Mensch einfach zu ... da müsste ich jetzt zu viel schreiben. Aber ich bin absolut einverstanden mit dem Beitrag in «Rosa Zukunft». Jegliche Belange in Bezug auf Gesundheit wie Forschung, Betreuung, Produktion von Medikamenten, Maschinen usw. sollten staatlich von der gesamten Gesellschaft getragen werden, überall auf der Welt. Alle Forschungen müssten für jeden und immer frei zugänglich sein, weltweit. Es darf einfach keine Patente geben auf irgendwelchen Produkten, die für die Gesunderhaltung bestimmt sind. So könnten auch die Kosten gesenkt werden, weil das Geld nicht einzelnen geldgierigen Privaten in die Tasche gestossen würde, sondern nur das eingenommen wird,
 STEFANIE ZURLÜH, PER MAIL

workquiz

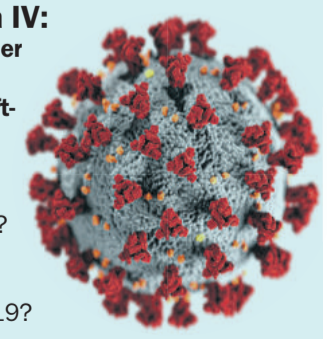
Wie gut sind Sie?



- 1. Corona I: Wer ist laut Verschwörungstheoretikern schuld an Corona?**
 a) China?
 b) Teheran?
 c) Rom?
 d) Bundesbern?
- 2. Corona II: Was soll man mit Desinfektionsmittel tun?**
 a) gurgeln?
 b) trinken?
 c) injizieren?
 d) Hände reinigen?
- 3. Corona III: Was ist die Corona-Pandemie?**
 a) eine Gesundheitskrise?
 b) eine Politikkrise?
 c) eine Kapitalismuskrise?
 d) eine Globalisierungskrise?

4. Corona IV: Wie heisst der Coronavirus wissenschaftlich?

- a) SARS H1N1?
- b) SARS GTI?
- c) SARS-CoV-2?
- d) SARS FA 19?



Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungsnr.: 1a: 2d; 3a-d; 4c

FOTO: RAWPIXEL

DER ERSTE 1. MAI OHNE FREDI

An meinem Gestell kleben sie alle: die letzten zehn roten Mai-bündel vom Umzug. Stoffliche Zeitzeugen der Gewerkschaftsbewegung before Corona. Und jetzt das: der erste 1. Mai ohne Umzug, Festwirtschaft, Risotto-Kanone, Lenin-Cup und ohne «Völker, hört die Signale!». Ganz ohne Hans Stöckli. Ohne rote Falken, ohne schwarzen Block, ohne revolutionären Aufbau, ohne Dem-Kurd, Collectivo Sin-Papeles und ohne FAU, KKP, Juso, TKP/ML, GSoA, VPOD. Ganz ohne Linggi Schnure. Aber vor allem: der erste 1. Mai ohne Fredi.

ALTE BEKANNTHEIT. Der Fredi und ich sahen uns früher täglich im WOZ-Büro. So wie auch der Hänü und ich. Und mit Marianne war ich jahrelang in einer Weiber-WG. Mit Catherine in einer Bürogemeinschaft. Dort war auch Silvia. Bettina kenn ich vom besetzten Frauenhaus. Und Mauro vom Anti-Busipo-Grüppli. Jeanne, Gaby, Yvonne, Tina, Christine, Brigitte, Iris, Andrea, Veronika, Petra aus der Frauenszene, der Frauendisco, der Reitschule. Und Ursula traf ich im Weiberkegelclub Stramme Waden. Und Beatrice? Die kenn ich einfach. Schon lange. Und Hänse von der Uni. Marianne war damals, glaubts, auch im Weiberrat. Und den Willy kenn ich, weil den kennt man einfach, weil: «Wählt Dr. Willy Egloff in den Stadtrat, ihre PdA!».

APÉRO-ZEIT. Heiner kenn ich von Catherine. Hene vom Klartext. Teresa, Hilmi, Doris, Vania und Nico von der Unia. Den Werner von Vania. Renat vom Smuv und Renate vom Frauenstreik. Und den Beat? Den Beat? Den Beat? Woher kenn ich nur schon wieder den Beat? Logisch, Beat kenn ich vom 1. Mai. So, wie Ron, Fritz, Chrigu und Max auch. So? fragen wir dann immer. Oder: Und? Immer noch Lehrgotte? Immer noch Single? Immer noch geschieden? Was, schon pensioniert? Schon Grossvater? Hey, wieso gehst du an Krücken? Was, der ist auch gestorben? Lungenkrebs? Und ui! Hans hatte einen Herzinfarkt? Der ist ja gar nicht so alt? Ah, doch schon 60! Dein Enkelkind? Wie süss! Nein, das ist jetzt aber nicht deine Mutter, oder? Find ich auch toll, all die Jungen heute! Durst? Apéro? Yes, schliesslich ist immer irgendwo auf der Welt Apéro-Zeit!

ABMACHEN. Weissst du noch, wie der André Reden schwingen konnte? Weissst du noch, unser selbstgestricktes AHV-Transpi? Weissst du noch, als wir Frauen den 1.-Mai-Umzug anführen wollten? Wie die von der Arbeitermusik Bümpliz geschaut haben? Wann das war? Vor 10, 20, vor 30 Jahren? Mein Gott, wir werden alt! Weissst du noch, als es die Frauenbeiz gab? Als es noch Fax gab? Als es noch keine Handys gab? Als wir schwarzen Lippenstift hatten? Ein Arafat-Tuch? Hennahaare? Als wir noch rauchten? Schon zum Aufstehen? Sag nichts! Und hey, aber sicher machen wir wieder mal ab! Versprochen! Und logo, vor dem nächsten 1. Mai!

ABGESAGT. Und jetzt wird all das nicht sein. Keine Begegnungen, kein Buschtelefon, keine Küsse, keine Erinnerungen und keine News. 2020, das ist der erste 1. Mai ohne Fredi. Und das ist doch sehr traurig. Ich werde euch alle vermissen! Schreibt ihr mir ein Whatsapp? Schickt ihr mir ein Selfie? Oder zwei? Aber bitte, bitte vor dem nächsten 1. Mai!

MARIE-JOSÉE KUHN

Und der 1. Mai 2020 findet doch statt digital: Das Programm, Seite 13.



**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinc@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.